

**UNIA**

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Insel Bern: Die grösste Spitalbaustelle der Schweiz. Seiten 8-9**

**ABB will 150 Jobs nach Polen verlagern. Nicht mit uns, sagen die Büezer in Gent:**



**«Wir lassen uns nicht schassen!»**

**Die Auftragsbücher bei ABB-Sécheron sind voll • Die Polen-Pläne der Manager sind kommerzieller Selbstmord. Seite 3**

## **Je reicher, desto Betrüger**

Neue Studie belegt, was wir schon immer ahnten. Seite 11

## **Steuergeschenke für Job-Abbauer**

Meyer Burger killt Jobs – trotz happigem Steuerrabatt. Seite 4



## **Fünf nach zwölf für SBB-Ribar**

Die unappetitlichen Geschäftsfreunde der SBB-Präsidentin. Seite 5

# **Was Mädchen wollen**

Fünftklässlerinnen reden über Arbeit, Gleichberechtigung und Vorbilder. Seite 7



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## DER RIBAR-WITZ

Der Witz geht so: Wird ein Mann vom Wildhüter gestellt und gefragt: «Was haben Sie denn da auf Ihrer Schulter?» Der Mann tut völlig erstaunt, schaut hinunter zur Schulter und ruft entsetzt: «Uii, ein Reh!» Es ist ein richtiger Monika-Ribar-Witz: Auf ihr Angola-Abenteuer bei der Firma des Zuger Finanzjongleurs Jean-Claude Bastos angesprochen, verstand die oberste SBB-Chefin wieder einmal die Aufregung nicht. Die Managerin mit den

**«Wir sind doch nicht blöd!»**

vielen VR-Mandaten (Sika, Luft-hansa usw.) sagte, sie habe das

Mandat damals «sorgfältig geprüft». Und: Das Hafeprojekt habe schliesslich Arbeitsplätze gebracht. Wo also, bitte, sei das Problem?

**5 NACH 12.** Genau dort, wo es auch beim Skandali um Ribars Parkplatz am Bahnhof Rüslikon ZH lag. Die Frau sammelt Privilegien, stellt sich naiv und verkauft uns für dumm. Seit sie SBB-Präsidentin ist, parkiert sie ihren Maserati Quattroporte gratis. Quasi über Nacht verwandelten die SBB extra für sie einen zuvor öffentlichen Parkplatz in einen privaten. Und von wegen, sie habe ihr Angola-Ding sorgfältig geprüft: Wäre dem so, wäre alles nur noch schlimmer. Dann hat sich die HSG-Absolventin nämlich wissend in die Afrika-Sache gestürzt. Sie hat gewusst, dass Jean-Claude Bastos, der seine Geschäfte von Zug aus kommandiert, 2011 wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung verurteilt worden war. Sie hat gewusst, dass Angola der zweitgrösste Ölproduzent des Kontinents ist, aber 40 Prozent der Kinder an Hunger leiden. Dass die schmale angolnische Oberschicht um die Familie Dos Santos jeden Reichtum konfisziert hat und die ehemalige portugiesische Kolonie seit Jahren ein vieldiskutiertes Beispiel für Korruption und Menschenrechtsverletzungen ist. Legal, illegal, scheissegal? Für Ribar habe es fünf nach zwölf geschlagen, findet work-Autor Oliver Fahrni. Und nicht nur er (Seite 5).

**UNGLÜCKLICH.** Zwar streut sich die Geschäftsfrau inzwischen ein winziges bisschen Asche über ihr Haupt. Dass sie den Bundesrat vor ihrer Wahl zur SBB-Präsidentin nicht über ihren Bastos-Abstecher informiert hat, findet sie nun zwar etwas «unglücklich». Und warum? «Es ging ganz einfach vergessen», sagt sie: Uii, ein Reh!

Liebe Frau Ribar, wir sind doch nicht blöd! Das können Sie vielleicht dem Wildhüter erzählen. Oder dem SBB-Verwaltungsrat. Aber nicht uns!

# In der Innerschweiz ist den Einkaufszentren Weihnachten egal Unheiligabend für Verkäuferinnen



**SONNTAGSARBEIT AN WEIHNACHTEN:** In 12 von 70 Shoppingcentern müssen die Angestellten auch am 24. Dezember arbeiten. FOTO: ISTOCK

## Dieses Jahr ist Heiligabend ein Sonntag. Aber nicht für alle.

CHRISTIAN EGG

Abendverkäufe, Sonntagsverkäufe, Läden voller pressanter Kundinnen und Kunden. Und trotzdem lächeln. Acht, neun, zehn Stunden am Tag: Die Adventszeit ist für das Verkaufspersonal Stress pur.

## RUHE IN DEN STÄDTEN

Dieses Jahr ist der Kalender auf der Seite der Werktätigen. Eigentlich. Denn der 24. Dezember fällt auf einen Sonntag. Diesen Tag haben die Angestellten im Detailhandel für sich, um das Weihnachtsfest vorzubereiten. Immerhin.

Zumindest in den grossen Städten ist das so. Zürich, Bern, Luzern und Basel haben festgelegt, dass es an Heiligabend keinen Weihnachtsverkauf geben wird. Auch Aldi und Lidl gaben bekannt: An diesem Tag bleiben alle ihre Läden in der Schweiz zu. Eine work-Umfrage zeigt jetzt: Das gilt auch für eine Mehrheit der ungefähr 70 Shoppingcenter. Gute Nachrichten für die Angestellten also.

Aber nicht für alle. Die Umfrage ergab auch: In einem Dutzend Shoppingcentern müssen die Verkäuferinnen und Verkäufer auch am 24. Dezember hinter der Kasse stehen (siehe Tabelle).

Darunter auch im umsatzstärksten Center der Schweiz, dem Glattzentrum in Wallisellen ZH. Dort ist die Nachricht besonders bitter: 400 Angestellte, ein Fünftel der Belegschaft, hatten sich mit einer Petition für ihren freien Heiligabend gewehrt. Ohne Erfolg: Die Gemeinde Wallisellen winkte das Gesuch des Zentrums durch.

## TRUBEL IN DER AGGLO

Auffallend: Viele der Zentren in der Tabelle sind in der Innerschweiz. Fünf alleine im Kanton Luzern. Bewilligt haben den Sonntagsverkauf dort die Gemeindebehörden. Giuseppe Reo von der Unia Zentralschweiz geht mit ihnen hart ins Gericht: «Ausgerechnet diese CVP-Hochburgen lassen es zu,

## Sie vermiesen den Angestellten das Fest

In diesen Einkaufszentren muss die Belegschaft am Heiligabend arbeiten:

Kanton	
ZH	Glattzentrum, Wallisellen
ZH	Volki-Land, Volketswil
LU	Emmen Center, Emmenbrücke
LU	Mall of Switzerland, Ebikon
LU	Pilatusmarkt, Kriens
LU	Seetal-Center, Hochdorf
LU	Surseepark, Sursee
SZ	Seedamm-Center, Pfäffikon
OW	Sarnen-Center, Sarnen
GL	Wiggispark, Netstal
GL	Zentrum Glärnisch, Glarus
TI	Centro Lugano Sud, Grancia

dass Leute an Heiligabend in den Shoppingtempeln arbeiten müssen, statt den Tag mit der Familie zu verbringen.»

In der Verantwortung sieht Reo aber auch die Grossverteiler Coop und Migros. Denn diese hätten in vielen Zentren das Sagen. «Als klar wurde, dass sie in der Stadt Luzern nicht offen haben dürfen, haben sie im Umland den Sonntagsverkauf durchgesetzt.»

Immerhin seien die Ladenöffnungszeiten das Jahr über im Kanton Luzern «noch einigermaßen vernünftig», so Reo. Am Samstag schliessen die Läden um 17 Uhr, viele auch schon um 16 Uhr. In deregulierten Kantonen wie Zürich oder Glarus können die Angestellten davon nur träumen.

## WALLIS ERFOLG FÜR DIE UNIA

Gute Nachrichten aus dem Wallis: Für das Einkaufszentrum in Monthey VS konnte die Unia den geplanten Sonntagsverkauf an Heiligabend abwenden. Der Kanton hat letzte Woche eine Einsprache der Gewerkschaft gutgeheissen. Das freut Blaise Carron von der Unia Wallis: «Jetzt kann das Verkaufspersonal im ganzen Kanton den Heiligabend geniessen.»

**SCHLAUMEIER.** Mit einem faulen Trick wollte die Gemeinde den Sonntagsverkauf bewilligen: Gemäss dem Walliser Gesetz sind Sonntagsverkäufe während einer lokalen Veranstaltung zulässig. Der Weihnachtsmarkt in Monthey sei eine solche Veranstaltung, befand die Gemeinde.

Dumm nur: Der Markt endet einen Tag vor Heiligabend, am 23. Dezember. Der Kanton bemerkte die Schummelei.

**worksms**  
Endo Anaconda

**An U2-Sänger Bono**

Eigentlich wollte ich Dir eine Flaschenpost schicken. Paradise Island, Cayman oder Panama – egal, wir haben euch satt. Ich muss aufpassen, bei uns im Zwergenland ist drum jede Methode legal, die Allgemeinheit zu bescheissen, vorausgesetzt, man ist gut genug betucht. Von Firmen wie Glencore, Apple und Nike war nichts anderes zu erwarten. Von unseren Steuervermeidern im Bundeshaus auch nicht. Von Dir aber schon, Du Reserve-Jesus! Deine Landsleute leiden in der irischen Hölle, und Du parkierst Deine Kohle im Paradies. Fuck U2, Du Flasche! Eines Tages fliegen alle Lügen auf! Endo

Ihr SMS an Endo:  
**077 437 56 82**

## Kein Geld für die Löhne

**THUN.** Seit Ende September stehen acht Angestellte des Gasthofs Lamm in Thun auf der Strasse. Den Oktoberlohn haben sie noch nicht erhalten. Die Unia hilft den Betroffenen jetzt, zu ihrem Recht zu kommen. Betreiber der Beiz war ein Konglomerat von Firmen rund um die Stiftung Pluspunkt. Diese sagt von sich, sie wolle Menschen helfen, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden, und kassiert dafür auch Beiträge von Kanton und IV. Im Sommer liess sie das «Lamm» konkursgehen. In der «Jungfrau-Zeitung» behauptet der Pluspunkt-Präsident, die Firma habe nicht genügend Geld für die Löhne. Samuel Burri von der Unia Berner Oberland stellt aber klar: «Andere Teile des Firmengeflechts laufen weiter und haben auch Geld. Pluspunkt versteckt sich hinter Formalitäten.» Einem Aufruf der Unia zu einem runden Tisch leistete die Firmenleitung bisher keine Folge.

## Eine Ladung Mist für Gestrag

**VERNIER GE.** Dieser Preis stinkt: Letzte Woche lud die Unia vor der Baustelle Etang bei Genf zwei Lastwagen voll Mist ab. Damit kritisierte die Gewerkschaft die Abbruchfirma Gestrag, die sämtliche Arbeiter auf der Baustelle nur noch auf Zeit beschäftigt. Diese könnten deshalb auch jederzeit entlassen werden. Schon 2016 habe die Gestrag, die ihren Sitz in Meyrin GE hat, 60 Prozent Temporäre beschäftigt. «Heute hat die Gestrag mit hundert Prozent die Perfektion erreicht», so die Unia in einer ironischen Laudatio.



**SO EIN MIST:** Schmähpriest für die Abbruchfirma Gestrag.

## Migros Waadt: Ein M länger

**LAUSANNE.** Gegen den Willen der Beschäftigten will die Migros in der Waadt längere Öffnungszeiten durchdrücken. Ab Montag sollen sechs Läden im Kanton neu bis 20 Uhr offen sein. Erst auf Druck der Unia hat die Migros im September das Personal zu den Änderungen befragt, wie es das Gesetz vorschreibt. Resultat: 62 Prozent der Angestellten stehen den längeren Ladenöffnungszeiten kritisch gegenüber. Trotzdem will die Migros den Plan umsetzen. Für die Angestellten und die Unia ist klar: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Dominique Fovanna von der Unia Waadt: «Am Montag werden wir eine systematische Kampagne lancieren, um die Migros-Kunden zu informieren.» Ursprünglich wollte auch Coop die Öffnungszeiten im Kanton verlängern. Nach Intervention der Unia stoppte der Grossverteiler das Vorhaben wieder.



DEN MUT NICHT VERLIEREN: Die ABB-Angestellten versuchen alles, um ihre Stellen zu retten. FOTO: DARRIN VANSELOW

# ABB Sécheron: Das Management will 150 Arbeitsplätze nach Polen auslagern

## Dicke Luft in Genf

**Arbeiter Laurent versteht die Welt nicht mehr, auch sein Arbeitsplatz soll in die polnische Stadt Lodz ausgelagert werden. Um Kosten zu sparen. Nun wehrt er sich, zusammen mit seinen Kollegen.**

SABINE REBER

Meyrin, 13. November. Die Belegschaft der ABB lädt zur Pressekonferenz. Ausser der Securitas-Patrouille ist allerdings noch kein Mensch zu sehen. Das Fabrikgelände ist abgesperrt: Zutritt unmöglich. In der Ferne leuchten weiss die Jurakreuzen. Die Bise treibt Schneeflocken durch die Rue des Sablières im Genfer Industrieviertel.

Plötzlich fliegt die Türe beim ABB-Haupteingang auf, über 150 Männer und einige Frauen strömen nach draussen, dicht gedrängt, blaugraue Arbeitswändli und Pullover mit leuchtend roten ABB-Signetten. Hände vergraben sich in Hosentaschen, Nervosität herrscht. Und dicke Luft: 100 Festangestellte und rund 50 Temporäre sollen bis Mitte 2019 entlassen werden, die Produktion der Traktions-Transformatoren für Eisenbahnen soll nach Polen gehen. Dagegen protestiert die Belegschaft, unterstützt von der Gewerkschaft Unia, mit einem kollektiven Konsultationsverfahren. Seit Tagen diskutieren die Buezer und Ingenieure in Arbeitsgruppen, wie die Stellen in Genf gerettet werden können. Während dieser Zeit stehen die Maschinen still. Unia-Mann Alessandro Pelizzari sagt: «Mit unserem kollektiven Konsultationsverfahren halten wir den Gesamtarbeitsvertrag strikte ein!»

Plötzlich ruft ein junger Mann: «Ist denen da oben eigentlich bewusst, was sie uns antun?» Und versteckt sich gleich wieder in der Menge, bloss nicht auf ein Foto kommen.

### MAUDET IST ZUVERSICHTLICH

Laurent hat dreissig Jahre ABB auf dem Buckel, und sagt: «Das ist doch nicht normal, dass alles nach Polen verlagert wird! Wir haben gute Geschäftszahlen hier, die Auftragsbücher sind voll, wir haben so viel zu tun, das macht doch alles keinen Sinn!» Von ABB Schweiz gibt es dazu keine Auskunft: «Da wir in der Konsultationsphase sind, können wir leider keine weiterführenden Informationen geben», schreibt die Medienabteilung.

Daniel, der seit 35 Jahren in Meyrin chrampt, holt tief Luft und erklärt: «Ich lasse mich sicher nicht von diesem Kerl aus Zürich schassen!» Der «Kerl» ist Remo Lütolf, Vorsitzender der Geschäftsleitung von ABB Schweiz. Er war für Gespräche in der Fabrik vorbeigekommen, ebenso wie der Genfer Staatsrat Pierre Maudet. Sie haben zusammen mit Vertretern der Belegschaft und der Gewerkschaft Unia eine Taskforce gegründet. Aber das beruhigt die Gemüter der Buezer an diesem eiligen Montagnachmittag gar nicht. Guillaume, seit zehn Jahren bei ABB in Genf, ist enttäuscht und verärgert: «Die Direktion schaltet auf stur, die sind doch gar nicht an einer Lösung interessiert. Sie haben noch keinen einzigen brauchbaren Vorschlag gebracht.»

Das sieht Volkswirtschaftsminister Maudet anders. Gegenüber work meint er: «Ich bin weiterhin zuversichtlich, dass wir eine Lösung finden, um alle oder wenigstens einen Teil der Stellen zu erhalten.»

### VOLLE AUFTRAGSBÜCHER

Bei ABB Sécheron gibt es derzeit so viel Arbeit, dass noch mehr Temporäre eingestellt werden mussten. Unia-Gewerkschafter Pelizzari sagt: «Das Werk bricht unter den Aufträgen fast zusammen. Es ist profitabel, es war immer profitabel.» Aber offenbar genügt das den Managern nicht. Tatsächlich will ABB-CEO Ulrich Spiesshofer die Produktionskosten senken. Mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Polen, wo die Löhne tiefer sind. Damit schneide er sich aber ins eigene Fleisch, kritisieren Branchenkenner (siehe «Kommerzieller Selbstmord»).

Dass der Auslagerungsplan als langfristige Strategie nicht aufgehen kann, will auch die Belegschaft aufzeigen. Unia-Mann Alessandro Pelizzari ist begeistert: «Die Solidarität, die Kampfbereitschaft und die Kreativität der Belegschaft sind enorm! Ich bin optimistisch, dass mit einer breit angelegten E-Mobility in Genf auch weiterhin alle

«Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Lösung finden, um alle oder wenigstens einen Teil der Stellen zu erhalten. In Genf haben öffentliche Hand und Privatwirtschaft gemeinsam ein grosses Know-how für die nachhaltige Mobilität der Zukunft aufgebaut. In diesem Geist will ich mit ABB Sécheron weiter zusammenarbeiten.»

PIERRE MAUDET, GENFER STAATSRAT

Industrie Arbeitsplätze erhalten werden können. Die Tosa-Busse sind erst der Anfang.»

Im Dezember sollen zwölf der neuen Elektrobusse auf der Genfer Linie 23 eingeweiht werden – ein Prestigeobjekt nicht nur für ABB, sondern auch für die Genfer Regierung. Der Kanton hat die Entwicklung der neuen Ökobusse mit 15 Millionen Franken unterstützt. Staatsrat Maudet betont, wie wichtig solche innovativen Projekte für Genf seien: «Die Tosa-Busse zeigen, wie fruchtbar die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft sein kann. In diesem Geist der gegenseitigen Verantwortlichkeit will ich mit ABB Sécheron weiter zusammenarbeiten.»

Am kommenden Montag wird die neugegründete Taskforce zum ersten Mal tagen. work bleibt dran.

## Ein Branchenkenner über die Polen-Pläne der ABB: Kommerzieller Selbstmord

MARIE-JOSÉE KUHN

Ulrich (Ulli) Spiesshofer, oberster ABB-Chef (Honorar 2015: 9,1 Millionen Franken) hat einen Plan mit vielen Stellschrauben. Ein Element seiner «Next Level Strategie 2015–2020» ist die «Achse Schweiz-Polen». So nennt man das in der Teppichetage im «Cityport» in Zürich Oerlikon. Dort ist das Hauptquartier des ABB-Konzerns. Was bedeutet diese Achse konkret? Um Kosten zu senken, werden Arbeitsplätze ostwärts nach Polen und in andere Billiglohnländer verlagert. So hat ABB bereits Personalabteilungsdienste und andere Konzernfunktionen nach Polen bugsiert.

Es sind aber auch schon ganze Produktionseinheiten aus Westeuropa nach Polen verschoben worden. Und nun will CEO Spiesshofer auch noch rund 150 von rund 250 Arbeitsplätzen im Genfer Werk ABB Sécheron in die polnische Stadt Lodz verschieben. Dies, nachdem ihm die Stadt Genf einen äusserst lukrativen und werbewirksamen Auftrag für



FOTO: KEystone

eine Elektrobushlinie (Tosa) verschafft hat. Auch in der Hoffnung, die ABB werde in Genf weiter produzieren lassen.

**UNAUSGEGORENE STRATEGIE.** ABB Sécheron in Meyrin-Satigny ist die weltweit führende Herstellerin von Traktions-Transformatoren. Solche braucht es in Wechselstromzügen und -lokomotiven. Der Eisenbahnmarkt wächst deutlich stärker als der Durchschnitt der Weltwirtschaft. Die Auftragsbücher in Meyrin-Satigny sind deshalb voll – der Betrieb macht satte Gewinne. Das sagen die Branchenkenner. Das sagt die Belegschaft. Die ABB will während des laufenden Konsultationsverfahrens keine Auskunfts geben.

Kein Wunder also, stösst Spiesshofers Kahl-schlagplan bei der Belegschaft auf hartnäckigen Widerstand, und zwar vom Arbeiter in der Produktion bis zum Werkmanagement (siehe «Dicke Luft in Genf»). Frei nach Vicky Leandros heisst es: «Ulli, wir fahren nicht nach Lodz!» Die Buezer wollen den Verlagerungszug stoppen.

Aber auch Kenner der Branche schütteln den Kopf. Sie halten Spiesshofers Verlagerung nach Polen für «unausgegoren». Ein typisches Beispiel, wie eine Strategie übers Knie gebrochen werde: «Ohne jede Rücksicht auf konkrete Umstände und negative Auswirkungen auf Gewinnmargen der Firma ABB.»

Ein ABB-Manager, der nicht genannt sein möchte, nennt Spiesshofers Polen-Plan schlicht «kommerzieller Selbstmord». Wieso? «Mit der Verlagerung der Traktions-Transformer-Produktion in ein Billiglohnländchen erzeugt Spiesshofer einen enormen Preisdruck auf die eigenen Produkte.»

**SPIESSHOFER SCHULDET GENF ETWAS.** Die Abnehmerinnen der Produkte von ABB Sécheron sind Firmen wie Bombardier und Alstom, also Herstellerinnen von Zügen. Der Insider erklärt: «Kaum haben diese aus der Gerücheküche von der Produktionsverlagerung nach Polen gehört, kam die knallharte Forderung auf den Tisch, ABB solle die Preise um 10 bis 15 Prozent und mehr reduzieren.» Spiesshofer könne die Lohnkosten pro Transformator mit der Verlagerung gerade mal von etwa 12 auf etwa 4 Prozent reduzieren. Die Konsequenz, so der ABB-Insider: «Auch im besten Fall bringt die Produktion in Polen unter dem Strich weniger Gewinne, im schlimmsten Verluste.» Die ganze Verlagerung sei somit ein Schuss in den eigenen Fuss: «Und gefährdet die führende Stellung der ABB in Sachen Traktions-Transformatoren.»

Kommt dazu, dass die geplante Produktionslinie für Endmontage und Tests in Lodz noch gar nicht bereitstehe. «Die Ankündigung der Verlagerung kommt daher ohne Not und verfrüht», sagt der Insider. Das Gute dabei sei, dass CEO Spiesshofer die Fehlentscheide seiner Manager immer noch korrigieren könne, wenn er wolle. Und Genf/belassen, was er dem Kanton schuldig sei: die Aufrechterhaltung der Produktion.

Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP):

## «Ich darf nicht mehr sagen»

Als Meyer Burger 2012 nach Thun zog, war die Freude gross. Jetzt folgt das böse Erwachen. Stadtpräsident und SVP-Politiker Raphael Lanz nimmt Stellung.

PATRICIA D'INCAU

work: Raphael Lanz, in den vergangenen zehn Jahren hat Meyer Burger nur die Hälfte der üblichen Steuern bezahlen müssen. Nun ist klar: Die Firma verlagert die Produktion nach China. Das muss Sie als Thuner Stapi doch stören?

Raphael Lanz: Meyer Burger hat während der guten Jahre beträchtliche Gewinne gemacht und versteuert. Zudem wurden Arbeitsplätze geschaffen, und diese Arbeitnehmenden haben auch wieder Steuern bezahlt. Insgesamt halte ich deshalb die Regelung, die getroffen wurde, für volkswirtschaftlich richtig.



## «Es gibt kein formelles Versprechen, dass sie bleiben.»

RAPHAEL LANZ, STADTPRÄSIDENT VON THUN

### Waren die Steuerrabatte an Bedingungen geknüpft?

Darüber darf ich wegen des gesetzlich geregelten Steuergeheimnisses keine Auskunft geben. Über die Anwendung von wirtschaftsfördernden Massnahmen entscheidet der Kanton. Es ist bekannt, dass ein Abkommen bestanden hat – mehr darf ich und kann ich nicht sagen.

### Wie viel Steuereinnahmen sind der Stadt Thun entgangen?

Meyer Burger hat den Sitz nach Thun verlegt. Die Stadt Thun hat daher in jedem Fall profitiert. Eine denkbare Alternative war seinerzeit zudem der Wegzug des Unternehmens aus der Region, mit den entsprechenden Steuerausfällen.

### Haben Sie von Meyer Burger denn eine Zusage, dass der Hauptsitz in Thun bleibt?

Der Sitz von Meyer Burger bleibt gemäss dem aktuellen Entscheid in Thun. Weder wir noch das Unternehmen wissen allerdings, wie sich der Markt in den nächsten Jahren entwickelt. Deshalb wird Meyer Burger kein langfristiges formelles Versprechen abgeben können, dass sie bleiben.

# Solarzulieferer Meyer Burger verlagert die Produktion nach China Jobs weg trotz Steuergeschenken

Im Meyer-Burger-Werk in Thun droht 250 Mitarbeitenden die Entlassung. Der Konzern will künftig in China produzieren. Obwohl der Kanton Bern das Unternehmen jahrelang steuerlich begünstigte.

PATRICIA D'INCAU

Jahrelang galt der Solarzulieferer Meyer Burger als Hoffnungsträger. Eine Art Lieblingskind, zu dem man nicht nur in guten Zeiten hält. Sondern auch bei Millionenverlusten, Kursstürzen und Sparprogrammen. Irgendwann muss doch alles irgendwie gut kommen.

Doch seit rund zwei Wochen ist klar: Es kommt nicht gut. Am 2. November kündete Meyer Burger an, die Produktion am Thuner Firmensitz zu schliessen und nach China zu verlegen. Man sei «mit dem Werkplatz in Thun kostenmässig nicht mehr konkurrenzfähig». 250 Angestellten, darunter 26 Lernenden, droht der Jobverlust. In Thun sollen einzig die Abteilungen Forschung und Entwicklung, Verkauf und Marketing bleiben.

### ÜPPIGE STEUERGESCHENKE

Die Verlagerung ist nicht nur für die Belegschaft ein Schock, sondern auch für Stadt und Kanton. Schliesslich hat Meyer Burger jahrelang von grosszügigen Steuererleichterungen profitiert: Grössenordentlich 50 Prozent.

### Das geplante Kompetenzzentrum hat Meyer Burger nie gebaut.

Der Berner Regierungsrat gewährte den saftigen Steuerrabatt. Als Massnahme zur Wirtschaftsförderung können die Kantone Unternehmen ganz oder teilweise von Steuern befreien. Damit sollen Anreize für neue Arbeitsplätze und Investitionen geschaffen werden.

Tatsächlich hatte Meyer Burger vor sieben Jahren noch grosse Pläne: Im Thuner Industriegebiet Gwatt, auf 28 000 Quadratmetern städtischem Land, sollte der neue



BALD ARBEITSLOS? Meyer Burger will die Maschinenproduktion in der Schweiz aufgeben. FOTO: KEYSTONE

Hauptsitz mit Büroräumlichkeiten und Produktionshalle entstehen. Daneben ein weiteres Gebäude für ein «Kompetenzzentrum Forschung und Entwicklung». Rund 600 Angestellte würden dort arbeiten. Die Stadt überliess Meyer Burger das nötige Baurecht, dies zu einem jährlichen Zins von 200 000 Franken. Daniel Wegmüller, damals städtischer Finanzverwalter, sagte: «Wenn die Neubauten durch Meyer Burger realisiert werden, wird die Steuererleichterung sicher mehr als kompensiert.»

### 150 STATT 600 ARBEITSPLÄTZE

Wegmüller sollte sich täuschen: Im August 2012 wurde zwar das Hauptgebäude an der Schorenstrasse fertiggestellt und der Konzernsitz von Baar ZG nach Thun verlegt. 480 Angestellte arbeiteten nun unter einem Dach. Das «Kompetenzzentrum Forschung und Entwicklung» allerdings wurde nie gebaut.

Jetzt, wo Meyer Burger die Produktion nach China verlagert, schrumpft auch der bestehende Firmensitz um die Hälfte. Von den ursprünglich erhofften 600 Arbeitsplätzen bleiben voraussichtlich nur noch 150.

Von den Vorteilen, die sich der Kanton durch den Steuernachlass für Meyer Burger erhofft hatte, ist wenig geblieben. Ausser offene Fragen. So ist unklar, an welche Bedingungen der Kanton den Steuer-

### Steuereinbusse für Thun pro Jahr: mehrere 100 000 Franken.

nachlass geknüpft hatte. Adrian Studer, Chef des kantonalen Wirtschaftsamts Beco, zu work: «Zum Einzelfall kann ich nichts sagen.» Ebenfalls offen ist vorderhand die Frage, wie viel Steuern dem Staat entgangen sind. Peter Wagner, Ex-Verwaltungsratspräsident von Meyer Burger, gab 2012 zumindest zu, dass der Betrag «cashmässig interessant» sei.

Ex-Finanzverwalter Wegmüller veranschlagte 2010 die Einbusen für die Stadt mit mehreren Hunderttausend Franken pro Jahr. Genauere Zahlen gibt es zurzeit nicht. «Steuergeheimnis», sagen die Behörden.

### KLARE FRAGEN

In Thun will es die SP jetzt genau wissen und hat eine Interpellation eingereicht. Die klaren Fragen:

Wie viel Geld ist der Stadt entgangen? Und: Hat der Kanton von Meyer Burger konkrete Gegenleistungen verlangt?

Unterdessen hat das kantonale Wirtschaftsamt auf Drängen der Unia die «Informationsplattform Meyer Burger» einberufen. Sie soll den Austausch zwischen allen Beteiligten und Betroffenen sicherstellen. Mit am Tisch sitzt Manuel Wyss, Branchenleiter MEM-Industrie der Unia. Er sagt: «Unser Ziel ist es, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten.»

### UNGEWISSE ZUKUNFT

Darüber, was derzeit am Konzernsitz vor sich geht, dringt wenig nach draussen. Öffentlich reden möchten die Angestellten nicht. Hilmi Gashi, Co-Leiter der Unia Berner Oberland, begleitet die Belegschaft bei Meyer Burger eng und weiss: «Die Angst ist gross.» Schliesslich wurde noch niemand offiziell entlassen.

Bis zum 28. November haben die Mitarbeitenden Zeit, der Konzernleitung einen Vorschlag zu unterbreiten, wie zumindest ein Teil der Stellen erhalten werden könnte. Erst danach darf das Unternehmen die Kündigungen definitiv besiegeln.

## Tessiner Regierung verdreht eine erfolgreiche Volksinitiative ins Gegenteil

# 18.25 Franken pro Stunde: Dieser Mindestlohn ist Hohn



VOM REGEN IN DIE TRAUFE: Der Tessiner Regierungsrat hat das Volk falsch verstanden. Statt Mindestlöhne steuert er Tiefstlöhne an. FOTO: UNIA

Die Tessiner Stimmenden beschlossen vor zwei Jahren den Mindestlohn. Der Regierungsrat betreibt damit jetzt Lohndumping.

CHRISTIAN EGG

Nur gerade zwischen 18.25 und 19.25 Franken pro Stunde, je nach Branche: Das will die Tessiner Regierung als kantonalen Mindestlohn festsetzen. Bei einer 40-Stunden-Woche ergibt das Monatslöhne von um die 3000 Franken. Enrico Borelli von der Unia Tessin ist entsetzt: «Das ist das Gegenteil von dem, was die Stimmenden beschlossen haben!»

NEUENBURG KANN'S. 2015 hatte der Kanton Tessin die Volksinitiative für einen Mindestlohn angenommen. Damit sollte dem Lohndumping und Tiefst-

löhnen ein Riegel geschoben werden. Aber, so Borelli: «Diese Stundenlöhne werden das Dumping nicht bekämpfen, sondern fördern.»

Anders macht es seit kurzem der Kanton Neuenburg. Dort orientiert sich der Mindestlohn an den Ergänzungsleistungen, wie sie AHV- und IV-Bezügerinnen und -Bezüger erhalten.

Im August gab das Bundesgericht grünes Licht für einen Mindestlohn von zwanzig Franken (work berichtete). Der Tessiner Ansatz gehe dagegen weit unter das Niveau der Ergänzungsleistungen zurück, so Borelli: «Offensichtlich ist die Regierung nicht der Meinung, dass man von der Arbeit leben können sollte. Bei diesen tiefen Ansätzen wird der Staat die Leute unterstützen

müssen, damit es zum Leben reicht.» Jetzt liegt der Ball beim Parlament. Für Enrico Borelli ist klar: «Je nach Ausgang werden wir das Referendum ergreifen.»

AUCH IN BERN. Neben Neuenburg und dem Tessin kommt nun auch im Kanton Bern ein Mindestlohn aufs Tapet. Natalie Imboden, grüne Grossrätin und Unia-Frau, hat dazu letzte Woche eine Motion eingereicht. Auch sie schlägt vor, dass sich ein Berner Mindestlohn an den Ergänzungsleistungen orientiere. Im Kanton Bern ergäbe dies einen Stundenlohn von 22.50 Franken, also gut 4000 Franken pro Monat.

Wie nötig ein Mindestlohn in der ganzen Schweiz wäre, zeigt eine aktuelle Stu-

die der Berner Fachhochschule: Demnach ist letztes Jahr in fast allen Schweizer Städten die Zahl der Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, gestiegen.

Am stärksten betroffen sind junge alleinerziehende

### «Das ist das Gegenteil von dem, was die Stimmenden beschlossen haben.»

ENRICO BORELLI, UNIA TESSIN

Mütter: vier von fünf kommen mittlerweile nur noch dank Sozialhilfe über die Runden. Und die Autorinnen stellen klar: «Nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch Tiefelöhne können in die Sozialhilfeabhängigkeit führen.»

## SBB-Präsidentin im Strudel der Paradise Papers

**5 nach 12 für Monika Ribar**

**In Angola herrschen Hunger und eine korrupte Oberschicht. Dennoch beriet die oberste Bahnchefin den Zuger Finanzjongleur Jean-Claude Bastos dort bei einem Hafenprojekt. Und kassierte. Das Mandat fliegt ihr jetzt um die Ohren.**

OLIVER FAHRNI

Monika Ribar, die Verwaltungsratspräsidentin der SBB, verstand wieder einmal nicht, was alle Welt von ihr will. Wie damals, als sie einen der wenigen Parkplätze am Bahnhof Rüslikon ZH für ihren Maserati privatisierte, nur ein paar Hundert Meter von ihrem Wohnsitz entfernt. Dass die Leute das hässig machte, verstand sie nicht.

Heute taucht die gut vernetzte Geschäftsfrau, Ex-Konzernchefin des Logistikunternehmens Panalpina und fleissige Sammlerin von Verwaltungsratsmandaten (Sika, Lufthansa usw.) in den Paradise Papers auf. Als Verwaltungsrätin der Firma Capoinvest

**«Was Ribar getan hat, geht gar nicht.»**

SEV-CHEF GIORGIO TUTI

auf den britischen Jungferninseln. Ja klar, sagt die 58jährige Toggenburgerin, habe sie Capoinvest und deren Chef Jean-Claude Bastos bei der Planung eines Tiefseehafens in Angola beraten. 100 000 Franken habe sie für ein paar Sitzungen kassiert, steht in den Paradise Papers. Das war 2015 und 2016, damals war sie schon Vizepräsidentin im SBB-Verwaltungsrat.

Sie stehe weiter zu diesem Angola-Projekt sagt Ribar jetzt, schliesslich habe sie ihr Mandat zuvor einer «sorgfältigen Prüfung» unterzogen. Auf den Vorhalt, dass sie den Bundesrat vor ihrer Wahl zur SBB-Präsidentin nicht über das neue Mandat informiert habe, sagt sie zwar: «Das war in der Tat unglücklich» («Schweiz am Wochenende»). Das sei einfach «vergessen gegangen». Sie habe das allerdings nicht absichtlich getan.

**LEGAL ODER ILLEGAL?**

Sorgfältig geprüft? Ribar hat gewusst, dass Jean-Claude Bastos, der seine Geschäfte von Zug aus kommandiert, 2011 wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung verurteilt worden war. Sie hat gewusst, dass Angola der zweitgrösste Ölproduzent des Kontinents ist, aber 40 Prozent der Kinder an Hunger leiden. Dass die schmale angolische Oberschicht um die Familie Dos Santos jeden Reichtum konfisziert hat und die ehemalige portugiesische Kolonie seit Jahren ein vieldiskutiertes Beispiel für Korruption und Menschenrechtsverletzungen ist.

Bei ihrer Prüfung muss Ribar noch mehr über Bastos Rolle erfahren haben. Denn die war längst öffentlich. Bastos verwaltet im Auftrag von José Filomeno Dos Santos, dem Sohn des langjährigen Präsidenten Angolas, einen angolischen Staatsfonds, der mit 5 Milliarden Dollar dotiert ist. Drei der fünf Milliarden hat Bastos in sieben Investmentfonds nach Mauritius transferiert. Dafür hat er 92 Millionen Managementgebühren kassiert, die zu zwei Bastos-Firmen auf den Jungferninseln und in der Schweiz geleitet wurden.

Aus dem Staatsfonds finanziert Bastos das Hafenprojekt, bei dem Ribar als Beraterin wirkte. Er bekam es ohne Ausschreibung zugesprochen. Bastos steckt also fremdes Geld in eine eigene Unternehmung. Und gleichzeitig hat er sich die Hafenkonzession für 30 Jahre gesichert.

Ob das noch legal sei, unethisches Geschäftsgebaren oder schon illegal, scheint die SBB-Vizepräsidentin nicht zu kratzen. Sie argumentiert, der Hafen werde Tausende von Arbeitsplätzen schaffen. Die jetzt durch die Paradise Papers aufgeflogenen Geldflüsse nähren bei Dominik Gross, Steuerexperte bei der Hilfswerkeorganisation Alliance Sud, eine andere Vermutung: Hier könnte ein gigantisches Infrastrukturprojekt nur darum aufgelegt worden sein, um sich an öffentlichen Mitteln, dem Staatsfonds, zu bereichern. Bastos hätte dieses Geld also für den Dos-Santos-Clan ins steuergünstige Zug gebracht.

**VERWALTUNGSRAT MUSS JETZT HANDELN**

Giorgio Tuti, der Präsident der Bähnlergewerkschaft SEV, findet knapp: «Was Monika Ribar da getan hat, geht gar nicht.» Tuti weiss, dass bei vielen Bählern blankes Entsetzen über die oberste ChefIn herrscht. Sie kassiere knapp 300 000 Franken für ihren 50-Prozent-VR-Job bei einem Betrieb, der «dem Volk gehört», sagt ein höherer Bahnkadermann in Basel. Und: «Sie steht voll hinter dem massiven Abbauprogramm Railfit, das 1400 Stellen streicht. Sie will höhere Billettpreise und verlangt rabiate Sparmassnahmen.» Gleichzeitig habe sie den Millionenlohn

**PARADISE PAPERS****13,5 MILLIONEN SEITEN**

Ein dicker Stapel brisanter Geschäftspapiere wurde 2016 der «Süddeutschen Zeitung» zugespielt. Sie stammten aus der Anwaltskanzlei Appleby auf den Bermudas, aus der Kanzlei Asiatic Trust in Singapur und aus den geheimen Firmenregistern von 19 Steuerverflucht-Paradiesen. Seither haben 400 Journalistinnen und Journalisten von 96 Medien in 67 Ländern diese Post aus dem Paradies nachrecherchiert. Wie die Panama Papers, das Luxembourg Leak, die Swiss Leaks und die Offshore Leaks beleuchten die Paradise Papers einen Ausschnitt eines gigantischen Welt-Schattenfinanzsystems.

von SBB-Generaldirektor Andreas Meyer verteidigt, staunt der Bählner: «Und dann lesen wir das von ihr in den Paradise Papers.»

Ribar selbst ist dieser Spagat zwischen Service public und privater Abzockerei noch nicht aufgefallen. Sie fühlt sich in der Nähe von Jean-Claude Bastos offenbar in bester Gesellschaft. Zwar hat sich Ex-Bundesrätin Ruth Metzler nach den Enthüllungen hastig aus Bastos' Zuger Konglomerat Quantum zurückgezogen. Aber um Bastos tummeln sich noch immer eine ganze Reihe von Schweizer Finanzprominenten.

Doch für Monika Ribar könnte es schon fünf nach zwölf geschlagen haben, deutet ein SBB-Verwaltungsrat im Gespräch mit work an. Das sei auch der Grund, warum die Politik in dieser Affäre derzeit stillhalte: «Handeln muss nun der Verwaltungsrat.»

Zu den Paradise Papers siehe auch Seite 11: «Steuern: Je reicher, desto unehrlicher»



**MAL BAHN, MAL BASTOS:** Viele Bählner sind über die Nebengeschäfte ihrer Präsidentin entsetzt.

FOTO: PHILIPPE ROSSIER / AEP / NS; MONTAGE: WORK / TINI GRAPHICS

**Paradise Papers über Glencore: Dreckeln im Kongo**

**Biberli meint: «Mir wird von diesem Schlängeli bängeli!»**

Wozu braucht der Glencore-Konzern aus Baar ZG 107 heimliche Firmen auf dubiosen Inseln? Warum gab es bei der Anwaltskanzlei Appleby auf den Bermudas, die im Zentrum der Paradise Papers steht, einen «Glencore Room»? Die Antwort liegt in den Fragen selbst. Der Riesenkonzern, der überall Minen ausbeutet und den globalen Rohstoffhandel anführt, braucht solche Instrumente für Geschäfte, die das Licht scheuen. Nicht nur, um Steuern zu sparen. Sondern vor allem, um Gesetzen und Umweltvor-

schriften zu entgehen, Verantwortung zu verwedeln und graue Geldflüsse zu kaschieren. Vorsichtig ausgedrückt. Haarklein dokumentieren etwa die Paradise Papers, wie Glencore in Kongo über einen Mittelsmann an billigste Abbaulizenzen kam. Im Spiel waren Hunderte von Millionen für die kongolesischen Eliten.

**SCHATTENWELT.** Der Rohstoffkonzern Glencore kommt in fast jeder Enthüllung der letzten Jahre an prominenter Stelle vor. Und mit Glencore dutzende von bekannten Weltkonzernen. Über 700 Milliarden

Franken verschieben Nike, Apple, Uber, Facebook usw. pro Jahr über Steueroasen. Superreiche haben laut Berechnungen des französischen Ökonomen Gabriel Zucman an die 9000 Milliarden Franken in Steueroasen gebunkert. Das würde reichen, um sämtliche hungernden Menschen weltweit 61 Jahre lang zu ernähren.

**107 heimliche Firmen auf dubiosen Inseln.** Jetzt aber fehlt das Geld für solche Aufgaben. Die Zahlen belegen, dass die Konzerne

und ihre Besitzer eine eigene parallele Schattenwelt aufgebaut haben, in die kein Arm des Gesetzes, keine demokratische Entscheidung, kein Volkswille mehr greift. Sie entziehen sich. Oft, wie der Fall der Schweiz zeigt, mit der Komplizenschaft der Regierenden. Bastos (siehe «5 nach 12 für Ribar»), Glencore und Dutzende andere Fälle illustrieren, dass die Schweiz für Unternehmen am Rande der Legalität besonders attraktiv ist. Tiefste Steuern und laxen Vorschriften sind ein Geschäftsmodell. Hier ist die Schaltstelle, in den Steueroasen das Backoffice. (olf)

**FIRMEN IN DER VERANTWORTUNG DIE INITIATIVE**

Umfragen zeigen, dass eine starke Mehrheit der Schweizer Stimmenden der Konzernverantwortungsinitiative zustimmen will. Sie wird von mehr als 70 Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt, darunter auch von der Unia. Die Initiative verlangt, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz endlich Verantwortung für ihr Geschäftsgebaren übernehmen müssen. In Sachen Menschenrechte und Umweltschutz. Und für ihre Tätigkeit im Inland wie im Ausland. Die Enthüllungen der Paradise Papers dürfen der Initiative zusätzlich Schub verleihen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat ihren Ton gegenüber der Rohstoffbranche jedenfalls verschärft. Sie droht mit neuen Regulierungen. [www.konzern-initiative.ch](http://www.konzern-initiative.ch)

## Bulgarische Löhne Teufelskreis

Gegen 10 000 Demonstrierende verlangten am 31. Oktober in Sofia, der Hauptstadt Bulgariens: «Löhne rauf!» Sie wollen eine generelle Erhöhung von rund 50 Euro für alle. Das sind plus 10 Prozent auf den Durchschnittslohn und plus 20 Prozent auf die Tiefstlöhne. In Bulgarien beträgt der gesetzliche Mindestlohn pro Stunde gerade mal 1,42 Euro, also 230 Euro im Monat. Nirgends in Europa ist er tiefer. Um eine Familie in Bulgarien zu ernähren, braucht es



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

nach Berechnungen der Kampagne für eine anständige Bekleidungsbranche, Clean Clothes, vier bis fünf solcher Mindestlöhne! Selbst die NZZ spricht von «Hungerlöhnen».

**ELDORADO.** Für die Bekleidungsbranche ist Bulgarien ein Eldorado. Hier wird für den europäischen Markt billiger produziert als in China. Multis wie die spanische Modekette Zara profitieren davon. Und die bulgarische Wirtschaft brummt. Prognostiker erwarten für 2017 und 2018 gegen 4 Prozent Wachstum. Aber die Näherinnen, die Bauarbeiter und Krankenschwestern profitieren nicht davon. Ihr Lebensniveau werde sich langsam dem westeuropäischen annähern: so versprach man ihnen, als Bulgarien (und andere Ostländer) zur EU kamen. Aber seit 2007 sind die bulgarischen Löhne, verglichen mit den deutschen, wieder zurückgefallen. Wie übrigens auch die tschechischen, polnischen usw. Deshalb suchen viele Bulgarinnen und Bulgaren im Westen und Norden Europas Arbeit. Auf Baustellen, in der Pflege, aber auch als Akademikerinnen. Seit dem Fall der Mauer sind 3 Millionen Menschen ausgewandert. Das sind gleich viele, wie heute noch in Bulgarien arbeiten. Man stelle sich das mal für die Schweiz vor!

### «Wir wollen nicht der Hinterhof Europas bleiben!»

EXODUS. «Wir arbeiten hier für ein Nichts», sagte eine Demonstrantin dem Korrespondenten von IndustriAll. «Die Leute fliehen aus der Misere, ganze Dörfer sind entvölkert. Zehntausende wandern aus, und uns fehlen deswegen die Fachkräfte. Es ist ein Teufelskreis.» Was ist mit den Versprechungen der EU, fragen sich auch die Gewerkschaften. Der Präsident der grössten Gewerkschaft Bulgariens, Plamen Dimitrov, verlangt, dass die EU eine Politik der Angleichung nach oben betreibe. Er sagt: «Wir wollen nicht der Hinterhof Europas bleiben!»

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt; auch die Arbeitsbedingungen sind davon betroffen. Die Unia setzt sich dafür ein, dass die Rechte der Arbeitnehmenden gewahrt werden und die Digitalisierung in den Dienst der ganzen Gesellschaft – nicht nur des Profits – gestellt wird. Mehr dazu finden Sie auf [www.unia.ch/digitalisierung](http://www.unia.ch/digitalisierung)



### Digitalisierung muss den Menschen nützen

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt; auch die Arbeitsbedingungen sind davon betroffen. Die Unia setzt sich dafür ein, dass die Rechte der Arbeitnehmenden gewahrt werden und die Digitalisierung in den Dienst der ganzen Gesellschaft – nicht nur des Profits – gestellt wird. Mehr dazu finden Sie auf [www.unia.ch/digitalisierung](http://www.unia.ch/digitalisierung)

[www.unia.ch/digitalisierung](http://www.unia.ch/digitalisierung)

# Modekette OVS übernahm Vögele: 90 Entlassene wehren sich Schäbiger Sozialplan – und tschüss!

## Verena Krebs hat neun Jahre für Vögele gearbeitet – und nun das: Der Sozialplan ist ein Hohn. Das hat jetzt ein Nachspiel.

CHRISTIAN EGG

Die 48jährige Ostschweizerin macht sich keine Illusionen: «In meinem Beruf ist es derzeit sehr schwierig, eine Stelle in der Schweiz zu finden.» Verena Krebs ist seit einem halben Jahr arbeitslos. Die Designerin für Kinderkleider wurde Anfang Jahr bei Charles Vögele auf die Strasse gestellt. Denn die Traditionsfirma ist vom italienischen

### «In meinem Beruf ist es derzeit sehr schwierig, eine Stelle zu finden.»

VERENA KREBS, MODEDESIGNERIN

Modegiganten OVS übernommen worden. OVS war bis 2009 als Oviessa bekannt, ist unterdessen börsenkotiert und war in der Schweiz Anfang der nul-ler Jahre bereits einmal mit dreissig Filialen vertreten. Diese Woche verschwand der letzte Vögele-Schriftzug. Jetzt hängen in den Läden die OVS-Kleider. Designerinnen braucht es in der Schweiz keine mehr.

Auch Einkauf und Logistik erledigt OVS jetzt von Italien aus. In zwei Wellen haben die neuen Herren rund 260 der 320 Stellen am Vögele-Hauptsitz in Pfäffikon SZ gestrichen. Mit einem Sozialplan, der diesen Namen nicht verdient: Nach knapp neun Jahren bei Vögele bekommt Verena Krebs gerade mal einen Monatslohn als Abfindung.

### NEULAND

90 Entlassene haben offiziell Einsprache gegen den Sozialplan erhoben. Jetzt wird ein eigens eingesetztes Schiedsgericht entscheiden – erst zum zweiten Mal in der Schweizer Geschichte. Anwalt Christoph Häberli vertritt im Auftrag der Unia die Entlassenen.

Häberli fordert einen deutlich besseren Sozialplan: «Als die Deutsche Bank vor einigen Jahren in Zürich Angestellte entliess, bezahlte sie Abfindungen von einem Monatslohn pro Dienstjahr.» So viel und mehr zahlt aktuell auch Vögele den Entlassenen in Deutschland (siehe Interview unten).

Aber Vögele und OVS sperren sich. Stur weigern sich die neuen Besitzer und ihre Manager, über den Sozialplan zu verhandeln. Obwohl das Gesetz dies vorschreibt. Schlimmer noch: Sie setzen die Entlassenen illegal unter Druck. Zum Beispiel Andreas Schrödl, 57, den ehemaligen Leiter Logistik. In der Kündigung schrieb ihm die Firma: Sofern er bis Ende der Kündigungsfrist keine neue Stelle habe, habe er Anspruch auf die Entschädigung gemäss Sozialplan. Aber Schrödl war von Anfang an nicht einverstanden mit der Art, wie die Firma mit den Entlassenen umging, und sagte dies auch unverblümt. «Nach Ablauf der Kündigungsfrist hiess es plötzlich, es werde kein Geld ausgezahlt, weil wir das Schiedsgericht angerufen hätten.»

Tatsache ist: Andere Entlassene haben die Entschädigung erhalten. Für Schrödl ist klar: «Die wollen Druck machen, damit die Leute diesem Sozialplan zustimmen.»

### DURCHSICHTIGES MANÖVER

Anwalt Häberli findet klare Worte: Dieses Vorgehen sei schlichtweg illegal. Das Ganze sei ein durchsichtiges Manöver, um das Schiedsgerichtsverfahren zu torpedieren. Vögele-Chef



GEIZ IST CHIC BEI OVS: Die neuen Eigentümer von Vögele (Foto: OVS-Boutique in Basel) weisen Ansprüche der Entlassenen schnöde ab. FOTO: PD

Markus Voegeli wollte mit Verweis auf das laufende Verfahren zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen.

Zahlen von OVS zeigen: Der Konzern könnte sich einen besseren Sozialplan ohne weiteres leisten. Für die maroden Vögele-Aktien haben die Italiener gerade mal 14,1 Millionen Franken gezahlt. Eine «unwahrscheinliche Gelegenheit», wie der Konzern in einem Papier für Investoren selber schreibt. Nach dem Kauf hat OVS Vögele-Immobilien verkauft und dafür 190 Millionen kassiert.

Für Anwalt Häberli ist klar: Die Entlassungen in Pfäffikon sind nicht aus der Not entstanden.

### «Die wollen Druck machen, damit die Leute dem Sozialplan zustimmen.»

ANDREAS SCHRÖDL, EX-LEITER LOGISTIK

den, wie wenn eine Firma kurz vor dem Konkurs steht. «Die Leute wurden nur entlassen, um den Gewinn von OVS zu maximieren.»

## Anwalt Christoph Häberli vertritt die Entlassenen

# «Ein Monatslohn pro Dienstjahr ist fair»

### Vögele habe die Angestellten billig los werden wollen, kritisiert Entlassenen-Anwalt Christoph Häberli.

CHRISTIAN EGG

**work:** Sie verlangen für die Entlassenen einen Monatslohn pro Dienstjahr als Abfindung. Wie kommen Sie auf diese Forderung?

**Christoph Häberli:** Das ist fair und angemessen. Auch das bisher einzige Schweizer Sozialplan-Schiedsgericht verwendete diese Formel. Das war 2015 im Kanton Genf. Vor allem aber ist es das, was Vögele den Beschäftigten in Deutschland zahlt, die jetzt entlassen werden. Ein Teil von ihnen bekommt sogar anderthalb Monatslöhne pro Dienstjahr. Ich sehe nicht ein, warum Angestellte in der Schweiz schlechtergestellt sein sollten.



CHRISTOPH HÄBERLI: «Nicht schlechter als in Deutschland.»

FOTO: PD

### Weshalb wendet Vögele zwei so unterschiedliche Sozialpläne an?

In Deutschland sind die Beschäftigten bei Massentlassungen durch die Gesetze schon lange geschützt. Bei uns ist dagegen eine Sozialplankultur erst am Entstehen, weil die Gesetzesartikel dazu erst seit 2014 gelten. Deshalb dachte die Firma wohl, sie könne das Personal in der Schweiz billig los werden.

### Sie fordern die gleiche Entschädigung für die, welche schon eine neue Stelle gefunden haben. Vögele lehnt das ab.

Die Abgangsentschädigung ist kein Almosen, das nur Bedürftigen zusteht! Wer entlassen wird, verliert damit auch alle Vorteile, die sich aus dem Dienstalter ergeben. Am neuen Ort müssen die Betroffenen ganz von vorne anfangen. Sie haben also mit

### «Die Abgangsentschädigung ist kein Almosen.»

CHRISTOPH HÄBERLI, ANWALT

der Kündigung viel soziale Sicherheit verloren. Die Abgangsentschädigung soll diesen Verlust etwas auffangen. Denn der Verlust ist real, auch wenn je-

mand gleich einen neuen Job findet.

### In der Vögele-Zentrale gab es keinen Gesamtarbeitsvertrag und keine Personalkommission. Welche Auswirkungen hat das jetzt?

Es macht es für die Entlassenen viel schwieriger, sich zu wehren. Wenn eine Gewerkschaft als Sozialpartner verankert ist, ist klar: Die Firma muss bei einer Massentlassung mit der Gewerkschaft verhandeln.

Jetzt mussten sich die Betroffenen in kurzer Zeit selber organisieren. Als die Kündigungen kamen, hatten nicht alle die Energie dazu, zumal die Firma mit Druck versucht, den Widerstand zu brechen. Deshalb finde ich es bemerkenswert, dass mindestens 90 Entlassene diesen Sozialplan nicht akzeptieren.



MÄDCHENPOWER: Salam, Eliesa und Jeanne Rose (v.l.n.r.) zu Besuch auf der work-Redaktion.

## Drei Fünftklässlerinnen über Vorbilder und Berufswünsche Alles ausser Prinzessin

**Am nationalen Zukunftstag waren Salam, Eliesa und Jeanne Rose bei work zu Gast. Was wollen sie denn einmal werden?**

PATRICIA D'INCAU UND SABINE REBER  
FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

**work:** Am Zukunftstag sollen Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse ein erstes Mal die Berufswelt erkunden. Habt ihr drei schon eine Idee, was ihr einmal werden möchtet?

**Salam:** Ich möchte eine Marke aufbauen, als Designerin. Für Schminksachen und Kleider, die ich selber entwerfen würde. Am liebsten würde ich Kleider für Feste machen, zum Beispiel Röcke. Also nicht unbedingt etwas, das man im H&M sieht und gewöhnlich ist.

**Eliesa:** Zuerst wollte ich auch Designerin werden. Ich möchte aber auch gerne im Büro arbeiten oder als Kinderärztin. Wenn ich zu meinem Kinderarzt gehe, dann beobachte ich immer, wie dort gearbeitet wird. Das interessiert mich.

**Jeanne Rose:** Mein grösster Berufswunsch ist Balletttänzerin. Ich tanze schon seit fast acht Jahren und möchte das professionell machen. Falls das nicht klappt, dann möchte ich einen Beruf, in dem ich selber etwas erfinden und basteln kann.

**Was interessiert euch denn an Kleidung?**

**Eliesa:** Bei Hosen schaue ich zum Beispiel darauf, wie sie geschnitten sind, oder bei



### Visite bei der Chefin

«Lasst uns schauen gehen, was eine Chefin so macht!» Und schon war eine neugierige Kinderschar auf dem Weg in den zweiten Stock am Unia-Hauptsitz, um Präsidentin Vania Alleva einen spontanen Besuch abzustatten. Die freute sich über die muntere Schar, die ihr Büro gleich in Beschlag nahm. Auf der Heimfahrt meinten die Mädchen: «Also Chefin wäre im Fall noch ein cooler Beruf!»

Pullovern, was aufgedruckt ist. Ich gehe auch oft zu meiner Oma, die ist Designerin. Sie erklärt mir, wie man etwas entwirft, schneidert und näht, und dann versuche ich es selber. Mit der Nähmaschine bin ich noch nicht so gut, aber gerade habe ich eine Hose für meinen kleinen Cousin gestrickt.

**Spielt es eine Rolle, ob den Jungs eure Kleidung gefällt?**

**Jeanne Rose:** Nein, das ist mir egal.

**Eliesa:** Mir auch.

**Salam:** Mir ebenfalls. Hauptsache, sie gefällt mir selbst.

**Als ihr heute morgen hier angekommen seid, habt ihr für euer Treffen mit der Fotografin geübt und dafür Laufsteg gespielt. Findet ihr auch Modeln spannend?**

**Eliesa:** Nein, gar nicht. Aber als wir hier angekommen sind, haben wir gesehen, wie alle hier so schön laufen. Das wollten wir auch.

**«Jede soll werden können, was sie will – ausser Prinzessin oder so.»**

JEANNE ROSE, 10 JAHRE



**Wie sind die Leute denn gelaufen?**

**Eliesa:** Mit grossen Schritten.

**Jeanne Rose:** Und so stolz. Sie haben gelächelt und haben sich unterhalten.

**Eliesa:** Ich hatte das Gefühl, dass die Leute hier ihre Arbeit gerne machen.

**Wenn ihr einmal einen Beruf habt: Was wäre euch wichtig?**

**Salam:** Vor allem, dass mir der Beruf Freude macht.

**Eliesa:** Bei mir ist es genauso – und dass ich für meine Arbeit den richtigen Lohn bekomme.

**Jeanne Rose:** Mir ist es auch wichtig, dass ich genug Geld verdiene, um Essen, Kleider und eine Wohnung zu bezahlen. Gleichzeitig würde ich aber keinen Beruf machen, der mir gar nicht passt, nur wegen des Geldes.

**Eliesa:** Ja, es gibt wichtigere Dinge als Geld.

**Zum Beispiel?**

**Eliesa:** Dass das Leben Spass macht und man nicht nur lebt, um Geld zu verdienen.

**Salam:** Ich finde auch die Familie wichtiger.

**Jeanne Rose:** Ja, und dass man Freunde und Hobbies hat. Mir liegt das Ballett sehr am Herzen. Das würde ich nicht einfach so gegen Geld tauschen.

**Gibt es Menschen, die für euch Vorbilder sind?**

**Eliesa:** Mein Vater, meine Mutter und meine Oma. Hat mein Vater ein Ziel, dann setzt er alles daran, es zu erreichen. Das versuche ich auch. Meine Mutter ist mein Vorbild, weil alle sagen, ich sähe aus wie sie. Und meine Oma ist mein Vorbild, weil sie Designerin ist und ich genau so sein möchte wie sie.



**«Wichtig an meinem Beruf wäre mir, dass er Freude macht...»**

SALAM, 11 JAHRE

**Jeanne Rose:** Bei mir ist es meine Ballettlehrerin, weil sie es geschafft hat, sehr gut zu tanzen und Auftritte zu haben. Sie hat zum Beispiel «Schwanensee» im Opernhaus getanzt. Das ist ein grosser Traum. Aber auch meine Mutter ist ein Vorbild für mich, weil sie sehr zielstrebig ist.

**Salam:** Für mich ist meine ganze Familie ein Vorbild. Vor allem aber meine Mutter. Wenn ich eine Frage habe, dann weiss sie immer Rat. Ich schaue auch oft Bastelvideos auf Youtube, und mir gefällt, was die Leute dort machen. Ich versuche immer, das nachzumachen. Meistens gelingt es mir nicht. Aber dann probiere und probiere ich, bis ich es kann.

**Arbeiten die Männer in eurer Familie in anderen Berufen als die Frauen?**

**Eliesa:** Die Frauen arbeiten öfter zu Hause in der Familie. Die Männer sind in einem Beruf in einem Unternehmen. Mein Vater arbeitet in einer Fabrik und macht dort



**«... und dass ich für meine Arbeit den richtigen Lohn bekomme.»**

ELIESA, 10 JAHRE

kleine Teile für Uhren. Mein Opa ist Bauarbeiter und mein Onkel Heizungssanitär.

**Salam:** Bei uns ist das auch so. Mein Vater ist Journalist, mein Onkel Übersetzer.

**Jeanne Rose:** Meine Mutter ist Journalistin und mein Vater Informatiker. Eigentlich arbeitet niemand in der Familie in einem Beruf, der speziell für Frauen oder Männer ist. Ich finde auch, es gibt nicht wirklich Berufe, die entweder nur für die einen oder nur für die anderen sind. Wenn eine Frau Bauarbeiterin werden will oder ein Mann Kindergärtner, dann sollen sie das doch machen, wenn es ihnen gefällt. Ich finde, dass jeder auf dieser Welt die Möglichkeit haben soll, das zu werden, was er oder sie möchte. Ausser Prinzessin oder so.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE EHRE DER SCHWEIZ

Wer in der Uno-Bürokratie eine bestimmte Stufe erreicht hat, erhält einmal im Monat den sogenannten Exekutivreport, den Bericht aller Aktivitäten der Uno in den 193 Mitgliedstaaten. Dank meiner Position als Vizepräsident des Beratenden Ausschusses

**Rund 500 000 Flüchtlinge sind gegenwärtig in Libyen gestrandet.**

des Uno-Menschenrechtsrates stehe auch ich auf der

Empfängerliste. Im September erhielt ich den Bericht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs in Libyen.

**ERPRESSUNG UND FOLTER.** Rund 500 000 Flüchtlinge sind gegenwärtig in dem Land gestrandet: Familien aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und aus vielen afrikanischen Ländern. Meist sind sie von Menschenhändlern, Milizen und anderen Verbrecherkartellen in stickigen Privatgefängnissen eingekerkert. Den libyschen Behörden und Abgesandten der Uno oder der EU ist der Zutritt verwehrt. Die Menschenhändler erpressen die Flüchtlinge und foltern sie, bis ihnen die Familien in den Heimatländern Lösegeld überweisen. Der Uno-Bericht sagt, dass der Gestank der völlig zusammengebrochenen sanitären Anlagen in und um die Gefängnisse unerträglich sei. Dass Frauen und Mädchen routinemässig von den Wärtern vergewaltigt würden, oft vor den Augen der übrigen Familienmitglieder. Dass es für Verwundete und Kranke keinerlei medizinische Hilfe gebe.

**DIE BERNER KONFERENZ.** Die Schweiz will diesem Schrecken ein Ende setzen. Am Montag, dem 13. November, versammelte sich im Bundeshaus in Bern unter dem Vorsitz von Bundesrätin Simonetta Sommaruga die «Kontaktgruppe für das zentrale Mittelmeer». Im letzten März gegründet, vereinigt sie Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Herkunft- und Transitländer, verschiedener europäischer Staaten und der EU. Italien und die Schweiz sind die treibenden Kräfte. Vier Traktanden wurden in Bern erörtert: Die libysche Küstenwache soll verstärkt werden, um die Schlepperbanden zu bekämpfen. Ein spezielles Programm von Interpol soll aufgelegt werden, um die Verbrecherkartelle zu zerschlagen. Die Uno soll eigene Flüchtlingslager aufmachen und die Privatgefängnisse übernehmen. Schliesslich soll die libysche Südgrenze überwacht werden.

**KONKRETE AKTIONSPÄNE.** Simonetta Sommaruga reiste kürzlich in den Sahel, insbesondere in den gefährlichen Norden von Niger. Unermüdlich unterstützt von Staatssekretär Mario Gattiker und dem stellvertretenden EJPD-Generalsekretär Stefan Hostettler, arbeitet sie konkrete, umsetzbare Aktionspläne zur sofortigen Beendigung der libyschen Tragödie aus. Ihr zur Seite stehen auch Peter Maurer, der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, und Philippo Grandi, der Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge. Die Berner Konferenz ist eine der wichtigsten diplomatischen Initiativen unseres Landes seit langer Zeit. Simonetta Sommaruga und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter gleichen mit ihrer Arbeit der Schweiz zur Ehre.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



**STÜTZWERK:** Damit die Wände der Baugrube nicht einstürzen, müssen die Bauleute Ankerlager bohren.



**BIS 20 METER TIEFE:** Baugrubenchef Mario Schneider.



**SCHNEEKANONIER:** Polter Res Fankhauser.



**DIE ÜBERSICHT WAHREN:** Projektleiter Bruno Jung.



**DAS GROSSE LOCH:** Die Baugrube vor dem Bettenhaus wird im Endausbau noch dreimal tiefer. Hier entsteht mit dem zentralen Klinikgebäude der neue Mittelpunkt des Inselspitals.



**EINE SPITALLANDSCHAFT WIRD UMGEPFLÜGT:** Die Baumaschinen im Berner Inselspital werden in den nächsten Jahren nicht so schnell verschwinden. Dafür verschwinden alte Spitalgebäude wie die Klinik im Bildhintergrund.

# Campus Inselspital Bern: Die schwierigste Baustelle der Schweiz

## Operation am offenen Herzen

**Mehr als eine halbe Milliarde Franken wird auf dem Campus des Berner Inselspitals verbaut. Eine Baustelle der Superlative. Dabei muss der Spitalbetrieb Tag und Nacht weiterlaufen.**

RALPH HUG | FOTOS YOSHIKO KUSANO

Wir stehen vor einem sechs Meter tiefen Riesenloch. Noch genügt eine Leiter, um hinunterzusteigen. Doch bald schon werden spezielle Rampen nötig sein, die zwanzig Meter in die Tiefe führen. Dann ist der Grund erreicht, und der Neubau kann beginnen. Bauführer Mario Schneider sagt: «In etwa anderthalb Jahren wird es so weit sein.» Zu diesem Zeitpunkt wird sein Team eine vollständig wasserdichte und stabile Baugrube erstellt haben. Aus ihr wird das neue, 63 Meter hohe Spitalgebäude in den Himmel wachsen. Der Komplex mit verschiedenen Fachkliniken ersetzt das bestehende Bettenhochhaus aus den späten 1960er Jahren, das danach abgebrochen wird. Etwa ab 2025 wird Bern ohne sein markantes Wahrzeichen auskommen müssen.

Vorerst ist aber Knochenarbeit angesagt. Leute des Baukonzerns Marti erstellen die Pfahlwände, bohren Ankerlager und pumpen sie mit Zement aus. Auf jedem Ankerkopf lasten über 40 Tonnen Spannung, um die Grubenwand stabil zu halten. Das alles ist bewährte Technik und bietet kaum Probleme. Anders der Bau an sich: Wie krepelt man eine ganze Spitalstadt um, ohne den Betrieb allzu stark zu stören? «Das ist die grosse Herausforderung», sagt Bruno Jung. Er ist der Gesamtprojektleiter des Baubereichs 12, des Herzens des Umbaus.

### BOHREN STATT RAMMEN

Lärm, Erschütterungen, Staub: Was auf jeder Baustelle normal ist, darf hier nur minimal vorkommen. Dies wegen der Operationen nebenan, wegen der Patientinnen und Patienten in den fünfhundert Betten und wegen der Tausende von Pflegefachleuten, Ärztinnen und Ärzten und Angehörigen, die im Umkreis von wenigen Metern arbeiten. So ist dröhnendes Rammen mit Pressluft nur im Ausnahmefall möglich. Stattdessen ist Bohren angezeigt. Staub muss mit Wasser gebunden werden, damit er nicht die Hygiene beeinträchtigt. Ein Netz von Sonden und Messgeräten registriert alle Erschütterungen und Deformationen. Auf Millimeter genau. Grundbauer Schneider sagt: «Das schützt uns vor Überraschungen.»

Am Rand der Baugrube ist Kollege Res Fankhauser am Werk. Auch er ein stämmiger Berner. Zur work-Fotografie sagt er: «Soll ich neben die Kanone stehen?» Tat-

### Sonden und Messgeräte melden jede Deformation und jede Erschütterung.

sächlich steht da eine Schneekanone namens «Moby Dick». Sie heult auf und zischt: Wasser spritzt im feinen Sprühregen auf das alte Klinikgebäude. Bald wird es abgebrochen. Dabei darf nicht zu viel Staub entstehen. Ein simpler Wasserschlauch genügt hier nicht, es braucht eine richtige Kanone. Polter Fankhauser sagt: «Ein Stromfresser halt, aber anders geht es nicht.» Der ehemalige Klinikbau ist bereits ausgeweidet und nur noch ein Betonskelett. Gesamtprojektleiter Jung verortet: «Das tat mir weh, als ich das sah.» Seit Jahren betreut er im Inselspital die Infrastruktur. Altes Metall, Blech und Kupfer liegen fein säuberlich getrennt am Boden. Bald wird Fankhauser in den Trax steigen und den Beton Stück für Stück «abbeissen». Ein Rückbau mit System.

### DICHTSTRESS

Auf dem Insel-Campus ist Platz Mangelware. Wohin also mit all den Baucontai-



**ZENTRALBAU:** Im Computer steht das neue Klinikzentrum schon. Mit den Nachbargebäuden wird es über Passerellen verbunden sein. FOTO: PD

nen? Die Lösung ist eine Plattform auf zehn Metern Höhe. Darauf werden die Container nach und nach aufgeschichtet. 6 Stück sind bereits platiert, aber es kommen noch 72 weitere hinzu. Das heisst dann für die Bauleiter: Treppensteigen! Am Ende entsteht ein temporäres Container-Hochhaus. Und das alles direkt über der Strasse beim Spitalzugang. Bruno Jung ist Chef einer Baustelle, wie es tatsächlich keine zweite gibt in der Schweiz. «Eigentlich hat es noch gar nicht

richtig angefangen», sinniert er mit Blick auf die nächsten Jahre. Dann werden sich Dutzende von Baufirmen mit gegen 1200 Mitarbeitern auf dem Gelände tummeln. Wenn die Rede vom Dichtstress jemals angebracht ist, dann wohl hier. Die Enge hat aber auch Vorteile. Der zentrale Spitalneubau wird mit den umliegenden Gebäuden über Passerellen direkt verbunden sein. Das spart Wege, Kosten und Zeit. Jung: «Das ist der springende Punkt am ganzen Umbau.»

### LOHNDUMPING-FALL KEINE INSEL

Kaum angelaufen, hat der Monsterbau des Inselspitals seinen ersten Fall von Lohndumping. Bei Kontrollen hat ein Arbeitsinspektor eine italienische Subfirma erwischt, die ihren Büezern teils Löhne um die 1300 Euro (rund 1500 Franken) zahlt. Der korrekte Mindestlohn nach GAV wäre 4215 Franken. Ein 13. Monatslohn, aber auch Ferien und Reisespesen fehlen. Das geht aus Arbeitsverträgen hervor. Die fünf Arbeiter stammen aus Mazedonien, Rumänien und Albanien. Sie wohnen auf einem Campingplatz, wie der «Blick» berichtete. Angeheuert hat sie eine Plattenlegerfirma aus dem Raum Bern, die vom Inselspital einen Auftrag im Umfang von 350 000 Franken erhalten hatte.

**ZUSATZMASSNAHMEN?** Der Fall liegt jetzt bei der paritätischen Berufskommission. Die Insel-Gruppe als Bauherrin verlangt im Werkvertrag per Selbstdeklaration und unter Bussandrohung, dass die örtlichen Löhne eingehalten werden. Dies gelte auch für Subunternehmer. Klar, dass das bei Betrügnern nicht genügt. Monika Kugemann von der Insel-Kommunikation: «Wir evaluieren jetzt, ob Zusatzmassnahmen notwendig sind.» Projektleiter Bruno Jung spricht von einem Badge-System, mit dem künftig der Zugang zur Baustelle kontrolliert werden soll. (rh)

# Wie das Nein zur Altersreform 2020 zustande gekommen ist Viele gegen einiges – und niemand begeistert

**Warum wurde die Altersreform abgelehnt? Die Voto-Studie gibt einige erstaunliche Antworten und provoziert neue Fragen.**

CLEMENS STUDER

Weit und breit zeichnet sich kein mehrheitsfähiges Konzept ab. Der «schnelle Plan B», von dem die Gegnerinnen und Gegner während des Abstimmungskampfes geredet haben, bleibt die Illusion, die er immer war. Wer hoffte, mit der Voto-Studie\* ein «Rezeptbüchlein» für akzeptierte und nicht akzeptierte Reformschritte zu erhalten, wird enttäuscht. Trotzdem sind ihre Aussagen wichtig für die kommenden Auseinandersetzungen um die Altersvorsorge. Ein paar ausgewählte Ergebnisse:

## ERFREULICH

**Kein Generationen-Graben:** Den von den Rechten herbeigeredeteten Konflikt zwischen Alt und Jung mit der AHV gibt es nicht. In den drei Altersstufen zwischen 18 und 49 Jahren ergaben sich Ja-Mehrheiten für die Vorlage.

**Besserverdienende sagen Ja:** Die Solidarität zwischen den Besserverdienenden mit den Wenigerverdienenden bei der AHV ist grösser, als nach dem Abstimmungskampf zu befürchten stand. Bei den oberen beiden Einkommensklassen lag die Zustimmung zur Altersreform bei 60 beziehungsweise 50 Prozent, zur Zusatzfinanzierung sagten 64 beziehungsweise 52 Prozent Ja. Dazu passt auch, dass 49 Prozent der Stimmenden die Vorlage für sozial hielten, weil von ihr vor allem die Menschen mit tieferen Einkommen profitiert hätten. Weniger erfreulich: bei den Stimmenden der tiefsten Einkommensklasse sahen dies nur gerade

\* Vom Bundesrat in Auftrag gegebene Nachbefragung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu Entscheidungen an der Urne.



## Mehr AHV jetzt!

Mit dem Nein zur Altersvorsorge 2020 bleiben viele Probleme ungelöst. Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes fordern deshalb unter anderem: **höhere AHV-Renten**, die mit den steigenden Krankenkassenprämien Schritt halten; **höhere Lohnbeiträge** für die AHV; **weniger Pensionskassen-Profit** für Banken und Versicherungen und **einen besseren Kündigungsschutz** für ältere Arbeitnehmende. SGB-Sozialversicherungsexpertin Doris Bianchi (sie wechselt auf Februar vom SGB-Zentralsekretariat als persönliche Mitarbeiterin zu Bundesrat Alain Berset) sagt: «Wenn die Krankenkassenprämien den Lift nehmen, können die AHV-Renten nicht im Keller bleiben.»

51 Prozent so, bei der zweittiefsten (3201–4600 Franken) sogar nur 44 Prozent (mehr unter «Erschreckend»).

## ERSTAUNLICH

**Rentenalter 67:** Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 ist für erstaunlich viele SP- (43 Prozent) und Grüne-Wählende (40 Prozent) nicht mehr ausgeschlossen. Allerdings wurde die Frage so gestellt, dass man aus der Antwort nicht schliessen kann, eine Erhöhung sei erwünscht, sondern nur, dass sie «notwendig» werden könnte.

**CVP:** Die CVP war zusammen mit der SP im Parlament die Mutter der Ren-

NACH DER SCHLACHT: Die Altersreform ist gescheitert, aber nicht am Graben zwischen Alt und Jung. FOTO: KEYSTONE

tenreform. Die Basis folgte den Parteioberen aber nur bedingt: 46 Prozent der CVP-Wählenden sagten Nein.

**FDP:** Die FDP kämpfte Seite an Seite mit der SVP an vorderster Front gegen die AV 2020. Von den FDP-Wählenden sagten 40 Prozent trotzdem Ja.

**70 Franken:** Als Hauptgrund für ihren Entscheid nannten nur 19 Prozent der Nein-Sagenden die 70 Franken mehr AHV für Neurenten. Mehr als ein Drittel dieser Nein-Sagenden wollten diese auch den aktuellsten Rentnerinnen und Rentnern geben.

## ERSCHRECKEND

**SVP-Wählende:** 84 Prozent der SVP-Wählenden folgten der Parteiparole. Dabei hätte eine Mehrheit der SVP-Unterstützten eine bessere AHV nötig. Denn die Blocher-Partei wird von vielen Kleinverdienenden und den Bäuerinnen und Bauern gewählt, die keine zweite Säule haben. Offenbar haben die Reformbefürworter sie nicht erreichen oder nicht überzeugen können.

**Rentnerinnen und Rentner:** Den niedrigsten Ja-Anteil weisen die ältesten Altersgruppen aus. Ab 60 Jahren lag die Zustimmung noch bei 42 Prozent. Das hat wohl damit zu tun, dass die Reform ihnen nichts brachte, allerdings auch nichts wegnahm.

**Verwirrte:** Jeweils verhältnismässig kleine Gruppen fanden die Vorlage «zu kompliziert», «verstanden sie nicht» oder hatten ein «schlechtes Bauchgefühl». Zusammen sind es aber über ein Drittel der Nein-Stimmenden. Insgesamt bekundeten 46 Prozent der Stimmenden «Verständnisschwierigkeiten».

## EINIGE ERKENNTNISSE

- Die Altersreform 2020 löste als Kompromissvorlage keine Begeisterung aus. Die einzelnen Ja-Argumente kamen zwar besser an als die einzelnen Nein-Argumente, doch in der Summe siegte die Ablehnung. Ohne positive Emotionen leidet die Mobilisierung.
- Die Frustration über ihre prekäre Lage scheint bei vielen Rentnerinnen

und Rentnern so gross zu sein, dass sie den Jüngeren keine Teilkompensation der Pensionskassenausfälle zugestehen mögen, solange sie selbst nicht bessergestellt werden.

● Die CVP ist im Parlament verträglich, aber sie hat ihre Basis nicht im Griff. Bei der FDP-Basis gibt es im Unterschied zu den Parteideologen immer noch einen erfreulich hohen Anteil von Sozialliberalen.

● Die Reformgegnerinnen und -gegner schossen mit Schrot und scheuten auch nicht davor zurück, mit sich widersprechenden Argumenten für ein Nein zu weibeln. Das hat einen relativ grossen Anteil der Stimmenden verwirrt. Wer verwirrt ist, stimmt Nein. An diese Abstimmungskampfstrategie von rechts wird man sich gewöhnen müssen und sich darauf einstellen.

● Einseitige Abbauvorlagen sind chancenlos. Die unterschiedlichsten Ablehnungsgründe der AV 2020 würden sich noch stärker kumulieren als bei der Abstimmung vom 24. September.

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# 3-D-Druck: Kommt jetzt die digital-physische Revolution?

**Mit der neusten Generation von 3-D-Druckern können wir Brücken am Compi planen. Und auch gleich ausdrucken.**

Die Zukunft gehört der Sonne und dem Wind. Die Fortschritte in diesen Bereichen alternativer Energieproduktion sind atemberaubend gross.

Neue Technologien brauchen in aller Regel Förderung durch den Staat. Erstens bei Forschung und Entwicklung. Zweitens beim Versuch, die Stückkosten über steigende Produktzahlen zu senken. Und drittens bei der Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen.

Die Schweiz ist in Sachen Forschung und Entwicklung sehr gut. Das war und ist auch bei der Solarenergie so. Alle gehen davon aus, dass der in Lausanne arbeitende Chemieprofessor Michael Grätzel nächstens den Nobelpreis bekommt.

Sonst sind wir leider auf vielen Gebieten Nieten. Seit 1992, als die Schweiz Nein zum EWR-Beitritt sagte, hat Deutschland pro Kopf vier Mal mehr Solaranlagen installiert als die Schweiz. Und dies, obwohl nördlich des Rheins die Sonne weniger intensiv scheint als bei uns.

Ein Hoffnungsträger war bisher das Unternehmen Meyer Burger in Thun. Es stellte und stellt mit die besten Produktionsmaschinen für Solarzellen her. Doch der Kampf ver-

schiedener Hersteller in diesem Bereich ist brutal. Jetzt verlegt Meyer Burger die Produktion nach China. Genauer: Meyer Burger gibt die Produktion auf und lässt die Maschinen künftig bei Dritten in China produzieren. Das Risiko von Überkapazitäten tragen die chinesischen Unterakkordanten, bei denen sich im Gegenzug viel Wissen akkumuliert.

**KEINE INDUSTRIEPOLITIK.** China produziert dank staatlicher Förderung 80 Prozent der weltweit installierten Solarzellen. Die Meyer-Burger-Maschinen sollen dort produziert werden, wo sie danach zum Einsatz kommen. Und in China sind die Löhne tiefer als in der Schweiz. In der Schweiz verbleiben sollen im wesentlichen Forschung, Entwicklung und Marketing. Vielleicht.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist faktisch einer der sieben grössten Staatsfonds der Welt. Sie kauft Aktien von Amazon, Google, Apple & Co. Mit der Aufhebung des Frankenmindestkurses im Januar 2015 hat die SNB dem Industriestandort Schweiz geschadet. Und investiert wird in der Schweiz wenig bis nichts. Zu harter Franken, keine Industriepolitik. Deshalb findet in der Schweiz eine unnötige, schleichende Deindustrialisierung statt.

**OPTIMISMUS.** Wer heute in China Solarzellen oder andere Industrie-



BAUEN WIE GEDRUCKT: Mit 3-D-Druckern werden immer grössere Objekte produziert.

dukte bestellt, muss diese transportieren lassen. Mit dem Schiff, der Bahn oder per Luftfracht. Die Faustregel: je schneller, desto teurer. Jetzt soll sich noch einmal alles ändern. Dank 3-D-Druckern der neuesten Generation. Vorne mit dabei ist für den Kunststoffbereich das Unternehmen HP, über dessen Tintenstrahldrucker wir uns alle ärgern. Weil die Drucker fast gratis sind und die Patronen viel zu teuer.

Die Beratungsfirma Deloitte ist überzeugt, dass uns eine «digital-physische» Revolution ins Haus steht. O-Ton dieser Technikgläubigen: «Kein Sektor der globalen Wirtschaft unterzieht sich einer derart radikalen Transfor-

mation wie die [zwölf Billionen Dollar grosse] Produktionsindustrie.» In Holland experimentiert man bereits mit am Computer individuell gestalteten Brücken, die dann nur mehr gedruckt werden. Der 3-D-Druck-Spezialist und Optimist John Dulchinos aus San Francisco sieht deshalb eine «Renaissance der lokalen Fertigung» auf uns zukommen.

Diese Entwicklung hat viel Potential für Meyer Burger. Was kann wie vor Ort zu Weltmarktpreisen nicht nur geplant, sondern auch produziert werden? Nachdenken lohnt sich.

Zu Meyer Burger siehe auch Seite 4.

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/gratzel](http://rebrand.ly/gratzel)  
Den Nobelpreis für Ingenieure, den deutschen Millennium-Preis, hat Michael Grätzel bereits bekommen. Dank der von ihm erfundenen Farbstoffsolarzelle. Wann es ihm zum Nobelpreis reicht, ist für viele nur eine Frage der Zeit.

● [rebrand.ly/klimareport](http://rebrand.ly/klimareport)  
Donald Trump hat zur Überraschung vieler den US-Klimareport nicht gestoppt und nicht verfälscht. Ursache für die steigenden Meeresspiegel sind «extrem wahrscheinlich» die menschlichen Aktivitäten. Es gibt dafür «keine alternative Erklärung». Für alle, die viel Zeit haben und gut Englisch können, hat die «New York Times» diesen 2000 Seiten umfassenden Bericht als PDF veröffentlicht. Um dem Fake-User Trump vorbeugend das Handwerk zu legen.

● [rebrand.ly/3D-drucker](http://rebrand.ly/3D-drucker)  
Das deutsche «Handelsblatt» widmet den 3-D-Druckern von HP und anderen Herstellern einen spannenden Artikel.

Sie finden alle Links direkt zum Anknüpfen auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

Foto-Genie Jakob Tuggener (1904–1988) im Museum in Winterthur

# Feuer für die Fabrik

**Jakob Tuggener war fasziniert von der Fabrik. In seinen Fotos verbindet sich Technikbegeisterung mit subtiler Kritik. Sie sind in Winterthur zu sehen.**

RALPH HUG

Warum gibt es kaum neuere fotografische Zeugnisse aus der Industrie? Weil die Manager niemanden mehr in die Fabriken hereinlassen – oder nur unter Auflagen, die dem Fotografen Scheuklappen anlegen. Und weil der Irrtum auch unter Fotoreportern

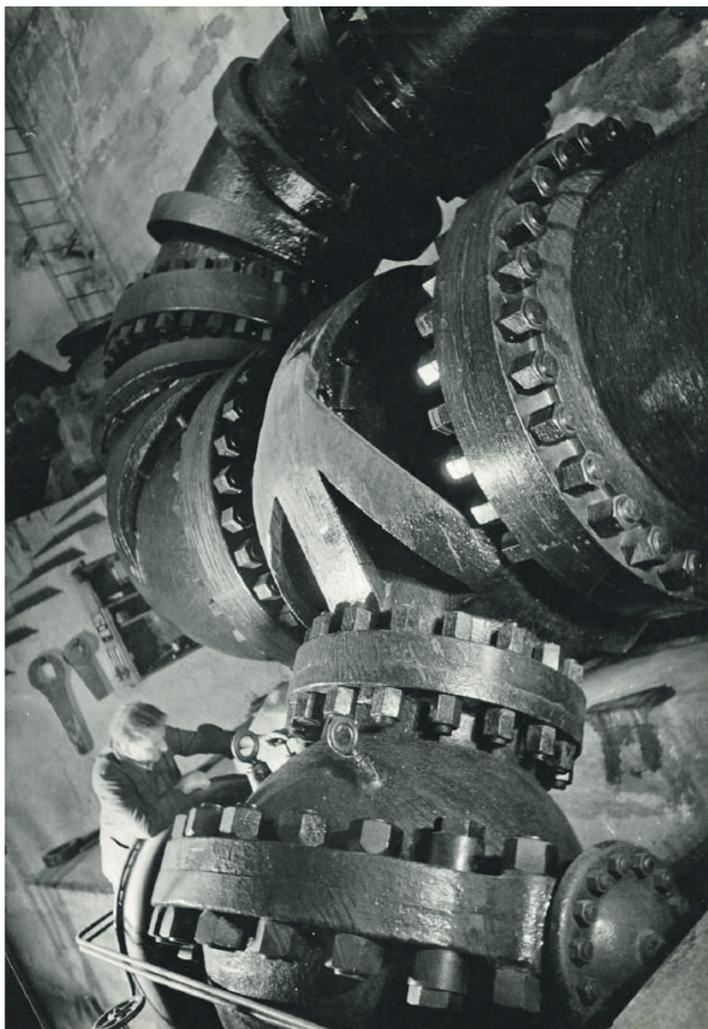
**Tuggener setzte den werktätigen Menschen wichtig und grossartig ins Bild.**

weit verbreitet scheint, hierzulande gebe es gar keine industrielle Produktion mehr, sondern nur noch Weiskittelarbeit in gepützelter Kulisse.

Das war früher anders. Die Patrons waren noch stolz auf ihre Betriebe und zeigten die Fabrikhallen gern. Und seien es Waffenschmieden wie die Maschinenfabrik Oerlikon-Bührle (MFO). Dort realisierte Jakob Tuggener in den 1930er Jahren eine Fotoreportage für die Hauszeitung. Der junge Tuggener ging ans Werk und legte mit seinen Fotos aus den Oerliker Werkhallen den Grundstein für den postumen Ruhm.

## EIN SCHLECHTES GESCHÄFT

«Fabrik» hiess der Fotoband, der 1943 erschien. Tuggener nannte es ein «Bild-depos der Technik». Er zeigt nicht nur rauchende Kamine, schweres Eisen und gigantische Turbinen im harten Schwarzweiss. Sondern auch die Menschen, die sie fertigen. Biezer mit Schnurrbärten und Falten, im fleckigen Unterhemd, die in Dampf, Hitze und Feuer stehen und die Naturkräfte bändigen. Auch das melancholische «Laufmädchen» und der pebble Buchhalter gehören dazu. Wie



**MODERN TIMES 1938: Wo ist der Monteur, der an an einer Druckleitung im Wasserkraftwerk Vernayaz VS arbeitet?** © JAKOB TUGGENER-STIFTUNG.

niemand zuvor brachte Tuggener den dynamischen Produktionskapitalismus ins Bild. Karl Marx hätte seine helle Freude gehabt.

Nur: Der Fotoband war kommerziell ein Reinfall. Kaum jemand nahm Notiz davon. Sicher trug die Zeit des Zweiten Weltkriegs dazu bei. Aber Tuggener fiel auch der geistigen Landesverteidigung zum Opfer. Dieser von oben verordnete Patriotismus passte nicht zu Tuggeners subtiler Kritik. Der Fotograf feierte zwar den rasend-schaffenden Menschen, zeigte

aber gleichzeitig auch auf Hochglanz polierte Bühler-Granaten, die ein menschliches Figürchen zu verschlingen drohen. Zweifel am Segen des militärisch-industriellen Komplexes waren damals unerwünscht.

## EIN SCHWIERIGER MENSCH

Tuggeners Bedeutung wird erst jetzt erkannt, dreissig Jahre nach seinem Tod. Für den ehemaligen Leiter des Fotomuseums Winterthur, Urs Stahel, gehört er zu den zehn wichtigsten Industriefotografen der Welt. Der

Künstler hätte weltweit Karriere machen können, wenn er sich nicht selber im Weg gestanden wäre. Er bezeichnete sich ganz unbescheiden als «fotografischen Dichter römisch I». Im Kunsthaus Zürich wollte er nur im grössten Saal ausstellen. Alle mussten sich ihm bedingungslos unterwerfen. Ein derart Kompromissloser kann im Land des Kompromisses nicht reüssieren.

## EIN HARTER KONTRAST

Tuggeners Fabrikfotos beflügelten die Linke, weil sie den werktätigen Menschen wichtig und grossartig ins Bild setzten. So benützten Lausanner Sozialisten das Foto eines schaukelnden Giessers am Stahllofen als Wahlkampfplakat. Tuggener selber war aber kein Linker. Er wollte nicht einmal Sozialkritiker genannt wer-

## Filme von Tuggener

Neben Fotos drehte Jakob Tuggener auch zahlreiche Kurzfilme ohne Ton. Zu sehen sind darin Schiffsmotoren, Dampflokotiven, Flugzeuge und Turbinen. Tuggener war fasziniert von Bewegung und Dynamik. Alles dreht sich, alles bewegt sich. Acht Stummfilme von 4 bis 34 Minuten Dauer begleiten die Ausstellung «Fabrikzeit» in der Fotostiftung Winterthur.

den. Vielmehr gab er sich als gutgekleideter Aristokrat und Grandseigneur, der ein künstlerischer Meister ist und den Schmutz der Fabrik ebenso gekonnt zu inszenieren weiss wie den obszönen Luxus der Reichen. Zu Lebzeiten wurde er fast bekannter durch seine Fotos von rauschenden Bällen im St. Moritzer Nobelhotel Palace. Wallende Seide, Champagner und tiefe Décolletés, Pelz und blonde Dauerwellen setzten das denkbar grösste Kontrastprogramm zum Schweiss der Biezer. So bleibt Tuggener ein Phänomen, das fasziniert und das erst heute die ihm gebührende Anerkennung erhält.

**Fabrikzeit.** Ausstellung in der Fotostiftung Schweiz, Winterthur. Bis 28. Januar 2018.

SGB-Dossier: Gewerkschaften im Betrieb

## Den Zutritt erkämpfen

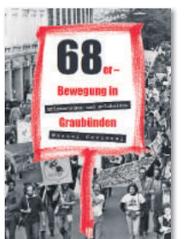
Pflichtlektüre für alle Aktiven: das neue Dossier des Gewerkschaftsbunds, «Zutritts- und Informationsrechte für Gewerkschaften im Betrieb». Allzu oft verweigern Chefs den Arbeitnehmervertretern den Zugang. Dabei gehört der direkte Kontakt zu den Mitgliedern am Arbeitsplatz zu den Grundrechten von Gewerkschaften. In zahllosen Urteilen mussten und müssen es die Verbände erkämpfen. Zuletzt im Tessin, wo die Behörden dem VPOD den Zutritt zur Verwaltung verbieten wollten. Im Dossier legen renommierte Juristen wie Marcel Niggli oder Kurt Pärli die Rechtslage dar. Und Luca Cirigliano vom SGB betont: «Ohne Zutrittsrechte funktioniert die Sozialpartnerschaft nicht!»

SGB-Dossier Nr. 122: «Zutritts- und Informationsrechte für Gewerkschaften im Betrieb». Gratis-Download auf [www.sgb.ch](http://www.sgb.ch).

Ein persönliches Buch

## Mausi, der Rebell

Die 68er Bewegung veränderte auch die Bergwelt. In Graubünden traten junge Rebellen gegen Politfilz und Moral von gestern an. Einer von ihnen war der heutige Rechtsanwalt Werner Caviezel (73). Im Buch «68er Bewegung in Graubünden» erinnert er sich an den politischen Aufbruch. Und der war, dem Zeitgeist entsprechend, sozialistisch-marxistisch. «Viva» hiess das Linksbblatt, mit dem die Auserparlamentarischen das Bündner Bürgertum auf Trab hielten. Caviezel alias «Mausi» schreibt in einer ganz persönlichen Optik – und auch mit der gebotenen Distanz zu manchen ideologischen Verirrungen.



Werner Caviezel, «68er Bewegung in Graubünden. Erinnerungen und Ereignisse», 220 Seiten, Verlag Desertina, 2017, CHF 38.–.

## work|xl der wirtschaft

David Gallusser



## STEUERN: JE REICHER, DESTO UNEHRLICHER

Die Paradise Papers (siehe auch Seite 5 und nebenstehenden Doku-Tipp) führen uns einmal mehr vor Augen, wie Grosskonzerne und Superreiche Geld in Steueroasen verschieben, um möglichst wenig Steuern zu zahlen. Bereits vor einem Jahr haben die Panama Papers ein bisschen Licht ins Dunkel der Steuervermeidungsindustrie gebracht. Und 2015 bestätigte Swiss Leaks mit der Auswertung von 30000 Kundendaten der Schweizer Tochter der Bank HSBC: Fast alle ausländischen Gelder auf Schweizer Privatbanken sind unbesteuert.

**RIESENSUMMEN.** Dank den Panama Papers und den Swiss Leaks konnte nun ein Team des französischen Ökonomen Gabriel Zucman erstmals genauer abschätzen, wer in welchem Ausmass Steuern hinterzieht. Dazu gleichen die Forschenden die Daten aus den beiden Leaks mit den Steuerregistern von Norwegen, Schweden und Dänemark ab. Zusätzlich berück-

sichtigten sie Steuerhinterziehende, die sich bei Steueramnestien melden oder von Steuerkontrolleuren überführt wurden. Resultat: Normalverdienende mit kleinen Vermögen bezahlen ehrlich Steuern. Je höher das Vermögen, desto unehrlicher die Steuerpflichtigen (vgl. Grafik). Die reichsten 0,01 Prozent bleiben dem Fiskus mehr als einen Viertel der Steuern schuldig.

**LEICHTES SPIEL.** Die Folge des betrügerischen Verhaltens der Reichsten ist klar: Der öffentlichen Hand fehlen Milliarden, für welche die ehrlichen Steuerzahlenden mit kleinen und mittleren Einkommen geradestehen müssen. Für die Schweiz liegen leider keine vergleichbaren Zahlen vor. Trotzdem ist ein ähnliches Muster zu befürchten. Wie in Skandinavien beziehen bei uns die Meisten einen Lohn. Für sie gibt es nicht viel zu hinterziehen, da der Arbeitgeber den Lohnausweis in den meisten Kantonen dem Steueramt

### Superreiche hinterziehen Steuern im grossen Stil



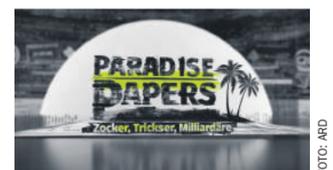
weiterleitet. Anders bei den Reichen. Dort gibt es viele Selbständige und grosse Vermögen. Erstere haben leichtes Spiel, einen Teil ihrer Einkünfte zu verschweigen. Letztere haben das nötige Kleingeld, ihr Geld im Ausland

zu verbergen. Oder sie können sich auf ihre Banken verlassen, die im Gegensatz zu den Arbeitgebern die Steuerbehörden nicht informieren müssen.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

## Doku: Paradise Papers Wie man Geld versteckt

Nach den Panama Papers jetzt also die Paradise Papers. Billionen an Vermögen sind in Steuerparadiesen versteckt. Konzerne, Milliardäre und Politiker horten ihr Geld in undurchsichtigen Offshore-Anlagen. Dort lagert es unbesteuert. In Trusts, Stiftungen und anderen



Konstrukten mit nur einem Zweck: die wahren Besitzer zu verschleiern.

Einen guten Durchblick durch die globale Steuervermeidungsindustrie und ihr Netzwerk vermittelt die ARD-Reportage «Zocker, Tricks, Milliardäre 2017». Sie zeigt nicht nur obszönen Reichtum, sondern auch, wie stark Rechercheure auf der ganzen Welt gefordert sind, um Licht in diese Machenschaften zu bringen.

<https://rebrand.ly/zocker> (67 Minuten)



**Das offene Ohr**

**Igor Zoric**  
vom Service Arbeitszeit beantwortet  
Fragen zu Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung. Hotline 0848 240 240

## Zeiterfassung: Ist ein pauschaler Pausenabzug erlaubt?

Ich arbeite mit flexiblen Arbeitszeiten im Gleitzeitmodell. Unsere Arbeitszeit wird elektronisch erfasst. In der Regel arbeite ich 8 Stunden pro Tag und nehme über Mittag eine halbe Stunde Pause. In Ausnahmefällen muss ich mehr als 9 Stunden arbeiten. Das Arbeitsgesetz schreibt in diesem Fall mindestens eine Stunde Pause vor. Das Zeiterfassungssystem zieht mir deshalb eine weitere halbe Stunde Pause ab – obwohl ich sie gar nicht machen konnte. Mein Chef sagt: «Gesetz ist Gesetz. Nach 9 Stunden wird eine zusätzliche halbe Stunde Pause abgezogen.» Ist das korrekt?

**IGOR ZORIC:** Nein. Das Arbeitsgesetz dient dazu, Arbeitsüberlastung zu vermeiden und so Ihre Gesundheit zu schützen. Falsche Angaben zu Pausen sind nicht zulässig. Der Arbeitgeber muss dafür Sorge tragen, dass Sie Ihre Pausen beziehen können und dass diese korrekt dokumentiert werden. Zieht Ihnen das Zeiterfassungssystem automatisch Pausen von der Arbeitszeit ab, die Sie gar nicht nehmen konnten, so sollten Sie das korrigieren lassen. Zudem richten sich in Ihrem Fall eines Gleitzeitmodells die Pausen nach der durchschnittlichen täglichen Sollarbeitszeit. Dies regelt die Verordnung 1 des Arbeitsgesetzes im Artikel 18 Absatz 4. Angenommen, Ihre Sollarbeitszeit beträgt 8 Stunden pro Tag. Falls Sie nun in einem Ausnahmefall an einem Tag mehr als 9 Stunden arbeiten, richtet sich Ihre Mindestpause trotzdem nach der Sollarbeitszeit. Das ist bei 8 Stunden eine halbe Stunde Pause pro Tag. Ist absehbar, dass Sie über einen längeren Zeitraum mehr als 9 Stunden arbeiten müssen, so ist klar, dass Ihnen dann eine Stunde Pause pro Tag zusteht.

## Einsatzpläne: Darf der Chef die Pläne kurzfristig ändern?

Ich arbeite seit einigen Monaten in einem Fastfoodrestaurant. Ich habe zwei kleine Kinder. Für mich ist es wichtig, dass ich meinen Alltag gut planen kann. In letzter Zeit wird der Stundenplan teilweise noch am Vortag abgeändert, ohne dass ich gefragt werde. Deshalb musste ich schon Arzttermine verschieben. Kann der Arbeitgeber allein und so kurzfristig über den Stundenplan entscheiden?

**IGOR ZORIC:** Nein, das kann er nicht. Sie haben das Recht, bei der Erstellung des Stundenplans mitzuwirken. Ihr Vorgesetzter muss Sie frühzeitig in die Planung einbeziehen und auf Ihre Wünsche Rücksicht nehmen. Frühzeitig heisst, dass er Sie mehr als 2 Wochen im voraus in die Planung einbeziehen sollte. Spätestens 2 Wochen vor dem Start des neuen Stundenplans muss der fertige Stundenplan allen Betroffenen mitgeteilt werden. Kurzfristige Änderungen am Stundenplan sind nur erlaubt, wenn dafür zwingende Gründe vorliegen. Sie sollten als Team jeweils die Begründung für diese kurzfristigen Änderungen verlangen. In Ihrem Fall muss Ihr Arbeitgeber laut Arbeitsgesetz Artikel 36 bei der Festsetzung der Arbeits- und Ruhezeiten zudem besondere Rücksicht auf Sie nehmen. Sie haben Familienpflichten, die Sie nicht vernachlässigen dürfen. So dürfen Sie nur zu Überzeitarbeit herangezogen werden, wenn Sie damit einverstanden sind. Es müssen Ihnen zudem Mittagspausen von mindestens eineinhalb Stunden eingeräumt werden, wenn Sie dies wünschen. Ihr Arbeitgeber hat Ihnen zur Erledigung dringender persönlicher Angelegenheiten die notwendige freie Zeit zur Verfügung zu stellen. Aber dies nur dann, wenn Sie aufgrund Ihrer Arbeitszeiten diese Angelegenheiten nicht während Ihrer Freizeit erledigen können. Dies regelt das Obligationenrecht im Artikel 329 Absatz 3.

# Welche Informationen der Arbeitgeber über Sie sammeln und aufbewahren Ihre Personalakte: Schauen

**Privates und Gerüchte haben in Personalakten nichts verloren. Nehmen Sie Ihr Recht auf Einsicht wahr, und verlangen Sie Korrekturen, wo nötig.**

SINA BÜHLER

Ihre Personalakte, das ist die Mappe, die Ihre Chefin oder Ihr Chef jeweils zum Mitarbeitergespräch hervorholt. Das ist die Akte, die auf dem Pult liegt, wenn Sie eine Lohnerhöhung verlangen. Und es ist das Dossier, in dem – im besten Fall – Ihre ausserordentlichen Leistungen notiert werden. Oder im schlechtesten Fall Ihre Schwächen und Fehler. Das Mäppchen wächst mit den Jahren, und vermutlich fragen Sie sich, was da alles drinsteht. Die erfreuliche Antwort: Sie dürfen das wissen. Laut Datenschutzgesetz haben Sie das Recht, Ihre eigene Akte zu sehen. Lassen Sie sich auf keinen Fall damit abspesen, dass keine solche Akte existiere. Jede Firma sammelt gewisse Angaben über Ihre Mitarbeitenden. Das muss sie allein schon deswegen, um den Lohn korrekt zu überweisen oder ein Arbeitszeugnis ausstellen zu können.

Es ist gesetzlich klar geregelt, was in Ihrer Akte stehen darf.

### PERSÖNLICHE ANGABEN

Zum einen kommen alle Ihre persönlichen Angaben in die Akte, die für Ihre Anstellung von Bedeutung sind. Das heisst: Name, Geburtsdatum, Adresse, AHV-Nummer. Auch Ihr Zivilstand und die Geburtsdaten Ihrer Kinder sind wichtig – damit klar ist, ob Sie Anspruch auf Familienzulagen haben (siehe Text unten) und ob Ihr Ehemann, Ihre Ehefrau rentenberechtigt ist. Auch Angaben über Ihren aktuellen Lohn und allfällige Lohnerhöhungen gehören in die Mappe.

### DAS ARBEITSVERHÄLTNIS

Zum andern dürfen dort Unterlagen abgelegt werden, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen. Das beginnt bereits mit Ihrem Bewerbungsschreiben und allfälligen Notizen

### WORKTIPP

#### BEI STREITFÄLLEN

Sind Sie nicht einverstanden mit dem, was in Ihrer Personalakte steht? Wenden Sie sich an die Unia. Bei Ihrem zuständigen Sekretariat bekommen Sie Unterstützung in allen Fragen zur Arbeitswelt und vielem mehr. Die Adressen und Telefonnummern finden Sie unter [www.unia.ch](http://www.unia.ch).

aus dem Bewerbungsgespräch. Haben die Personalverantwortlichen vor Ihrer Anstellung mit jenen Personen telefoniert, die Sie als Referenz angegeben haben? Auch diese Auskünfte dürfen aufbewahrt werden.

In die Akte kommen ausserdem Arztzeugnisse, die Sie selber abgegeben haben, oder Unfallmeldungen bei der Versicherung. Die meisten Firmen legen hier auch Daten zu Ihren Ferienbezügen ab, damit die Buchhaltung diese überprüfen kann.

### GESPRÄCHE, BEURTEILUNGEN

Weiter legen Ihre Vorgesetzten die Ergebnisse und Vereinbarungen von Mitarbeitergesprächen, Dokumente aus allfälligen Weiterbildungen oder Qualifikationen im Dossier ab. Hat Ihr Chef Sie ge-

**UNTER DER LUPE:** Ihre Personalakte dürfen Sie jederzeit einsehen und sogar eine kostenlose Kopie verlangen. FOTO: 123RF



rügt? Haben Sie sich bei Ihren Vorgesetzten beklagt? Auch derartige Briefe, Dokumente und Aktennotizen dürfen (und müssen) gesammelt werden.

### NICHTS PRIVATES

Was Ihre Firma nichts angeht, ist Ihr Privatleben. Wie und mit wem Sie Ihr Liebesleben gestalten, ob Sie in die Kirche gehen oder in einem Handballverein sind, hat Ihre Vorgesetzten nicht zu kümmern. Ebenfalls privat sind politische oder gewerkschaftliche Angaben, wie die Mitgliedschaft in einer Partei oder bei der Unia.

Allgemein gilt: Ihre Vorgesetzten dürfen nur solche Daten sammeln, die rechtmässig erhoben wurden, das heisst: Daten, die nicht durch Drohung, Täuschung oder ohne Ihr Wissen beschafft wurden. Und es dürfen nur Daten gesammelt werden, die einen direkten Zusammenhang mit Ihrer

Anstellung, Ihrem Arbeitsverhältnis und Ihrer Aufgabe im Betrieb haben. Das Datenschutzgesetz schreibt auch vor, dass die Daten

### Ihr Kommentar zu einer schriftlichen Beurteilung gehört mit in die Akte.

richtig sein müssen. Gerüchte oder Anschwärmungen haben darin keinen Platz. Eine Faustregel beim Sammeln ist die Verhältnismässigkeit: so wenig wie möglich und nur so viel wie nötig.

### DAS RECHT AUF EINSICHT

Sie können jederzeit Einsicht in Ihr Personaldossier verlangen, und das ohne Begründung. Ihre Vorgesetzten oder die Personalchefin, der Personalchef muss Ihnen auf Verlangen eine Kopie der Unterlagen übergeben. Kostenlos.

# Mindestens 200 Franken pro Kind und Monat – und das gilt auch bei Ein Zustupf in die Familienkasse

**Familienzulagen helfen, die Mehrkosten eines Haushalts mit Kindern zu tragen. Wer ein Recht darauf hat und wie lange.**

SINA BÜHLER

Kinder sind kostbar – und teuer. Wie das Bundesamt für Statistik berechnet hat, kostet ein Kind, das in einer Zweielternfamilie aufwächst, durchschnittlich 819 Franken im Monat. Kommt ein zweites Kind dazu, betragen die Ausgaben 1310 Franken, mit einem dritten 1583 Franken. Das Kind einer oder eines Alleinerziehenden kostet 1092 Franken. Der Betrag ist deshalb höher, weil die Lebenskosten pro Person in einem kleineren Haushalt höher ausfallen. Zu diesen direkten Kosten kommen je nach gewähltem Familienmodell

noch die indirekten Kosten für die externe Betreuung oder für den Verzicht auf einen Teil des Erwerbseinkommens.

**MAXIMAL 25 JAHRE.** Der Staat hat gesetzliche Massnahmen getroffen, die finanzielle Last für Haushalte mit Kindern zu mindern. Einerseits über steuerliche Abzüge («Kinderabzug»), andererseits über die Familienzulagen. Auf diese Zulagen habe alle Kinder einen Anspruch, unabhängig vom Einkommen der Eltern oder der Familiensituation. Sie betragen mindestens 200 pro Monat und Kind. Werden die Kinder älter, so heissen diese Beiträge Ausbildungszulagen und steigen auf mindestens 250 Franken. Einen Anspruch darauf haben Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren – solange sie tatsächlich in

Ausbildung sind. Seit einigen Jahren haben nicht nur Angestellte, sondern auch Selbständige und Nichterwerbstätige mit Kindern einen Anspruch auf Familienzulagen. Und Teilzeitangestellte bekommen den vollen Betrag.

Die Familienzulagen müssen mindestens 200 Franken betragen, gewisse Kantone haben aber höhere Zulagen festgelegt (siehe Tabelle). Es kann sein, dass nicht beide Eltern im selben Kanton arbeiten. Wenn also jener Elternteil, der Anspruch auf die Kinderzulagen hat, einen tieferen Betrag bekommt, als der andere erhalten würde, gleicht der Arbeitgeber im grosszügigeren Kanton diese Differenz aus. Wenden Sie sich dazu an diesen Arbeitgeber.

Gefüllt wird der Zulagentopf durch Beiträge der Arbeitgeber.

Sie zahlen einen Prozentsatz ihrer gesamten Lohnsumme in die Familienausgleichskasse – die Höhe ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Selbständigerwerbende zahlen direkt Beiträge, während die Beiträge für Nichterwerbstätige vom Kanton übernommen werden.

**WER SIE ERHÄLT.** Der Anspruch auf Familienzulagen gilt nicht nur für eigene und adoptierte Kinder, sondern auch für Stiefkinder, für Pflegekinder sowie für Geschwister oder Enkel, für deren Unterhalt jemand dauerhaft und zur Hauptsache besorgt ist.

Die Familienzulagen bekommt nur ein Elternteil, der oder die sogenannte Erstantragsberechtigte. Wer das ist, ist meistens, aber nicht immer, einfach zu klä-

# darf und wer Zugang dazu hat Sie genau hin!



## DATENSCHUTZ AM TELEFON UND IM WEB

Sie haben auch am Arbeitsplatz das Recht auf Privatsphäre. Dies gilt selbst dann, wenn Sie den Computer oder das Telefon Ihres Arbeitgebers benutzen. Am besten ist es, wenn Firmen klare Regeln aufstellen, inwiefern die private Nutzung von Kommunikationsmitteln erlaubt ist. Haben Vorgesetzte trotzdem den Verdacht, dass die Angestellten während der Arbeitszeit exzessiv privat surfen, müssen sie vorsichtig vorgehen. Laut einer Broschüre des Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten (EDÖB), «Daten- und Persönlichkeitsschutz am Arbeitsplatz – mein gutes Recht» ([rebrand.ly/daten](http://rebrand.ly/daten)), darf auch bei Verdacht nicht das Verhalten einzelner Angestellter überprüft werden. Der erste Schritt ist eine anonyme Auswertung des Internetverkehrs, beispielsweise für ein ganzes Team. Ist dieser auffällig, muss der Betrieb eine Warnung aussprechen. Nur im Wiederholungsfall und bei krassen Verstössen kann die Firma weitere Schritte einleiten. In der Broschüre und auf der Website des EDÖB finden Sie weitere Informationen zum Datenschutz, beispielsweise zur Videoüberwachung am Arbeitsplatz. (sib)

[www.derbeauftragte.ch](http://www.derbeauftragte.ch)

Falls bei objektiven Angaben etwas nicht stimmt, können Sie eine Korrektur oder die Entfernung verlangen. Und falls Sie mit einer Beurteilung nicht einverstanden sind, können Sie verlangen, dass Ihr schriftlicher Kommentar dazu ebenfalls ins Dossier aufgenommen werde. Auch wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie im Mitarbeitergespräch unfair beurteilt worden seien, sollten Sie unbedingt die Einsicht in Ihre Akte verlangen.

Das Recht, eine Akte einzusehen, kann sehr wichtig werden. Beispielsweise, wenn Sie plötzlich Streit mit Ihrem Arbeitgeber haben und Ihre Ansprüche durchsetzen wollen. Dann ist es wichtig, dass Sie wissen, worauf sich Ihre Firma bezieht.

Ein Personaldossier ist höchst vertraulich. Ihre Arbeitgeberin, Ihr Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass niemand unberechtigt darin

herumblättert. Nur die Personalabteilung und Vorgesetzte haben Einsicht. Selbst die Buchhalterin oder der Buchhalter der Firma hat nur einen sehr eingeschränkten Zugriff auf die Daten. Dieser beschränkt sich auf alles, was für den Lohn relevant ist.

### FÜR DEN SHREDDER

Sobald Sie nicht mehr im Betrieb arbeiten, können Sie die Herausgabe Ihrer Akte verlangen oder fordern, dass diese vernichtet wird.

Nicht alle Daten Ihrer Akte landen dann sofort im Shredder. Denn es gibt von Gesetzes wegen zwei Ausnahmen: Alles, was mit dem Lohn und der Buchhaltung zu tun hat, muss zehn Jahre aufbewahrt werden. Ebenfalls zehn Jahre lang muss Ihre Firma die Unterlagen behalten, die nötig sind, um Ihnen ein Arbeitszeugnis auszustellen oder Referenzauskünfte zu geben.

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**FENSTER-TUNING.** Windows 10 («Fenster 10») von Microsoft lässt die Individualisierung der Arbeitsoberfläche zu. FOTO: PD

## So machen Sie Windows 10 schöner

Weniger geübte Anwenderinnen und Anwender meiden oft die Systemeinstellungen in Windows 10. Schade, denn dort lässt sich das Betriebssystem mit wenigen Klicks schöner und benutzerfreundlicher machen. Und so geht's: Öffnen Sie das Startmenu und drücken Sie das Zahnrad-symbol. So kommen Sie zu den Systemeinstellungen. Ergiebig ist vor allem die Rubrik «Personalisierung»:

**BILDSCHIRM-AUSSEHEN:** Unter «Hintergrund» können Sie ein Windows-Bild oder ein eigenes Foto als Bildschirmhintergrund wählen. Möglich ist auch eine Diaschau. Unter «Farben» lassen sich die Farben der Ordner wählen, unter «Sperrbildschirm» das Bild, das bei der Passwortabfrage erscheint.

**BEDIENUNG:** Das Startmenu können Sie unter «Start» anpassen. Dort lässt sich einstellen, wie viele Kacheln zu sehen sind, ob eine Liste aller Programme angezeigt wird oder ob Ordner wie «Dokumente» oder «Bilder» sichtbar sind. Installierte Programme lassen sich als Kacheln anzeigen: Man schiebt in der Liste mit den Programmen das fragliche Programm nach rechts zu den Kacheln. Eine neue Kachel entsteht. Zum Löschen klicken Sie mit der rechten Maustaste auf eine Kachel und wählen Sie «Von «Start» lösen». Unter «Taskleiste» lassen sich schliesslich Lage, Darstellung oder Verhalten der Taskleiste anpassen. MARC MAIR-NOACK

**Hintergrund, Startmenu, Farbe der Ordner: alles lässt sich einstellen.**

## Teilzeitarbeit



FOTO: FOTOLIA

### Die Westschweiz ist grosszügiger

Familienzulagen je Kanton	Mindestzulage je Kind und Monat	
	Kinderzulagen	Ausbildungszulagen
Kanton		
AG, AI, AR, BL, BS, GL, LU*, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, ZH*	200.–	250.–
GR, SZ	220.–	270.–
NE*	220.–	300.–
BE*	230.–	290.–
NW	240.–	270.–
FR*	245.–	305.–
JU	250.–	300.–
VD*	250.–	330.–
VS*	275.–	425.–
ZG*	300.–	300.–
GE*	300.–	400.–

\* Kantone, die andere Altersabstufungen vorsehen und/oder ab dem dritten Kind höhere Zulagen ausrichten. QUELLE: AHV/IV, 2017

ren. Ist nur ein Elternteil erwerbstätig, wird die Zulage mit seinem Lohn ausbezahlt. In Doppelverdienhaushalten ist es der Elternteil, der das höhere Einkommen hat. Und nach einer Scheidung erhält die Zulage jene Person, welche die elterliche Sorge hat.

### Ein Einzelkind kostet 819 Franken pro Monat – oder mehr.

**SELBER ANMELDEN.** Für die Zulagen müssen Sie sich selber anmelden. Angestellte tun das bei ihrer Firma; Selbständige und Nichterwerbstätige bei ihrer Sozialversicherungsanstalt; wer Anspruch auf Arbeitslosentaggelder hat, bei der Arbeitslosenversicherung.

### ZUM NACHLESEN

## DAS GESETZ

Familienzulagen werden zwar kantonal geregelt und zusammen mit dem Lohn vom Arbeitgeber ausbezahlt, der Mindestanspruch ist aber in einem eidgenössischen Gesetz festgelegt. Die Informationen finden Sie hier: [rebrand.ly/familienzulagen](http://rebrand.ly/familienzulagen). Die dazugehörige praktische Broschüre der AHV ist hier: [rebrand.ly/merkblatt](http://rebrand.ly/merkblatt).

## Reka-Checks fürs nächste Jahr So reisen Sie mit Rabatt

### Unia-Mitglieder profitieren von Vergünstigungen der Reka. Beachten Sie die Dezember-Post von der Unia.

Jeweils Ende Jahr erhalten Sie Post von der Unia. Darin finden Sie zwar einen Einzahlungsschein. Der ist aber eigentlich ein Geschenk. Denn die Mitglieder der Gewerkschaften profitieren von der Kooperation mit der Schweizer Reisekasse (Reka) und haben Anspruch auf verbilligte Reka-Checks im Wert von 500 Franken.

**WIE BARGELD.** Der Unia-Rabatt, auf dem Einzahlungsschein bereits abgebogen, ist Ihr Vorteil. Reka-Checks können Sie an vielen Orten wie Bargeld nutzen,

beispielsweise um Zugbillets oder Abonnemente zu kaufen, in Hotels, Restaurants oder Reisebüros zu bezahlen oder den Eintritt in Fitnesszentren, Zoo und Museen zu begleichen.

Reka-Checks werden an rund 9000 Stellen in der ganzen Schweiz angenommen. Welche Orte das genau sind, sehen Sie unter [www.rekaguide.ch](http://www.rekaguide.ch). Auf dieser Website finden Sie auch viele aktuelle Reise- und Freizeitangebote.

Die Reka wurde vor bald 80 Jahren vom Schweizer Gewerkschaftsbund und dem Fremdenverkehrsverband gegründet. Seither gehört das Reka-Geld neben vergünstigten Ferienangeboten zu den Lohnnebenleistungen vieler angeschlossener Unternehmen. (sib)



WORKFRAGE VOM 3. 11. 2017

## Sind Sie für die 35-Stunden-Woche?

### PRODUKTIVITÄTSGEWINNE

Die Produktivität ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen. Das heisst: die Besitzenden machen mehr Gewinn auf Kosten der Arbeitenden, weil die Produktivitätsgewinne nicht oder nur zu einem kleinen Teil weitergegeben werden. Neben höheren Löhnen müsste dies auch über kürzere Arbeitszeiten weitergegeben werden. Gut, bringen die SP-Frauen dieses Thema wieder kräftiger ins Gespräch! **ANDREA PETER, ZÜRICH**

### RECHT SO!

Es ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, die Arbeit auf mehr Köpfe und Hände zu verteilen. Wenn dies auch die Gleichberechtigung voranbringt, umso besser. **KARL SCHÄRER, FRAUENFELD**

### BEI GLEICHEM LOHN

Natürlich muss die Arbeitszeit sinken – und zwar bei gleichem Lohn. Auch wenn die Aktionäre und ihre Manager jaulen, ist es eine Tatsache, dass immer weniger des erarbeiteten Mehrwerts in den Portemonnaies jener landen, die diesen erschaffen: der Lohnabhängigen. Da müssen fort-

schriftliche Parteien und Gewerkschaften aufzeigen, wer dafür verantwortlich ist, wenn immer mehr Budgets von Normalverdienenden nicht mehr aufgehen. **TOBIAS MINDER, LIESTAL**

### ZU VIEL!

Wir produzieren gesamthaft gesehen viel mehr, als wir sinnvoll konsumieren können. Es ist sinnvoller, weniger zu arbeiten statt Produkte auf Halde zu produzieren. Eine Arbeitszeitverkürzung bekämpft auch die Arbeitslosigkeit. Ausserdem ermöglicht es mehr Menschen, sich auch in der Familie und für die Gemeinschaft zu engagieren. **ANNEGRET MARTI, WINTERTHUR**

### BESSER VERTEILEN!

Wir können in immer kürzerer Zeit immer mehr produzieren. Gleichzeitig fehlen etwa in Pflege und Bildung die finanziellen und personellen Ressourcen. Zudem werden immer mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Höchste Zeit, hier umzudenken. Eine generelle Arbeitszeitreduktion wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. **RUTH HALLER, AARAU**

**work 18 / 3. 11. 2017:** Ein Interview, das Staub aufgewirbelt hat

## Der Geist, den work rief



**Dass Lenin work ein Interview gab, fanden nicht ganz alle lustig («Wann bringt ihr Hitler?»). Die NZZ lobte – mit Widerhaken.**

Seit 93 Jahren ist er tot – und bewegt noch immer: Vladimir Iljitsch Uljanow, Kampfname Lenin, Praktiker der russischen Oktoberrevolution und Theoretiker des Marxismus. Das grosse work-Interview «Jetzt rede ich!» in der letzten Ausgabe sorgte auch auf Facebook für Aufsehen. Kaum war die Frontseite aufgeschaltet, meldeten sich die ersten Facebookerinnen und Facebooker. Während vielen das Cover optisch gefiel, wussten einige schon, was vom Inhalt zu halten sei, als noch gar kein Text aufgeschaltet war. Beschimpfen kann

man ja schliesslich auch in Unkenntnis des Inhaltes. Auffällig: je grösser die gespuckten Töne gegen Lenin und work («War ja nur ein Schlächter», «13 Millionen Opfer!», «Wann bringt ihr Hitler?»), desto kleiner die angewandten Kenntnisse von Orthographie und Geschichte.

### NZZ ERGÄNZT

Gelesen und geschätzt wurde das Interview hingegen von der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Kommunismus kann witzig sein» (online am 7. 11. 2017). Redaktor Helmut Stalder ergänzte das work-Gespräch sogar mit zusätzlichen Fragen an Lenin. Zum Beispiel: «Ist der harte Linkskurs der Unia klug?» Und liess den Revolutionär antworten: «Klug ist nicht, wer keine Fehler macht. Klug ist der, der es versteht, sie zu korrigieren.» Wir spüren die Absicht, danken für die Blumen und liefern hier gerne noch das ganze Lenin-Zitat: «Für die Politik und die Parteien gilt – mit entsprechenden Änderungen – dasselbe, was für einzelne Personen gilt. Klug ist nicht, wer keine Fehler macht. Solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist, wer keine allzu wesentlichen Fehler macht und es versteht, sie leicht und rasch zu korrigieren.»

### LENIN BESUCHT PUTIN

Nicht nur im work kam der alte Kämpfe zu Wort. Der «Deutschlandfunk Kultur» liess Lenin leibhaftig auferstehen, ganz wie es sich für Erlöserfiguren gehört. Im Kurzhörspiel des Deutschlandfunks steigt Lenin aus dem Glassarg, verlässt das Mausoleum und schaut auf einen Sprung bei Waldimir Putin im Kreml vorbei. Der siezt ihn hartnäckig, was



**Kompliment für die Idee mit dem Lenin-Interview. Und für das Editorial. Das ist Journalismus.**

HELMUT HUBACHER, BASEL

Lenin dann doch erstaunt von einem alten KGB-Agenten. Als Putin ihm dann noch erklärt, er habe «bei der Revolution in Deutschland» nur zugeschaut, wird der Disput heftiger, um dann ein abruptes Ende zu nehmen – kein gutes für den Älteren. Das 24-Minuten-Hörspiel gibt's hier: [rebrand.ly/lenintrifftputin](http://rebrand.ly/lenintrifftputin).

## Heilfroh

Die Unia macht ihre Arbeit wirklich gut, so viel zum Lob. Jetzt habe ich im work den Artikel über Lenin und die Oktoberrevolution gelesen. Es ist nicht die erste Ausgabe, in der die Oktoberrevolution in den Vordergrund gestellt wird. Ich und meine Familie haben genug Hunger und Stress in dem so hoch gepriesenen Sozialismus erlebt und waren froh, als wir die innerdeutsche Grenze überschritten und die marxistische Welt hinter uns liessen. **ANDREAS PALLASCH, PER E-MAIL**

INSERAT



Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

Der gewerkschaftliche Aufbau im Dienstleistungssektor entwickelt sich positiv. Zur Ergänzung und Unterstützung unseres nationalen Sektor-Leitungsteams Tertiär suchen wir ab 1. Januar 2018 oder nach Vereinbarung eine/-n

## Nationale/-n Gewerkschaftssekretär/-in für Dienstleistungsbranchen (60–80%)

### Ihr Aufgabenbereich

- gewerkschaftlicher Aufbau in Dienstleistungsbranchen (insbesondere im Detailhandel)
- Führung von Verhandlungen
- Vorbereitung, Leitung und Koordination von Kampagnen

### Unsere Anforderungen

- Erfahrung als Gewerkschaftssekretär/-in oder in verwandten Berufstätigkeiten
- Erfahrung in der Leitung von Kampagnen und Projekten
- konzeptionelles und strategisches Denken
- Organisations- und Planungsfähigkeit
- grosse Überzeugungskraft und Kommunikationsfähigkeit
- sehr gute Deutschkenntnisse mit guten Französischkenntnissen oder umgekehrt

### Wir bieten

- spannende und vielfältige Arbeit in der Unia-Zentrale in Bern
- gute Zusammenarbeit im Team
- flexible Arbeitsgestaltung (zeitlich und inhaltlich)
- gute Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben

Arbeitsort: Bern

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Mauro Moretto (Co-Leiter des Sektors), Tel. 031.350.2293.

Interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen bis am **30. November 2017** an: [bewerbung.be@unia.ch](mailto:bewerbung.be@unia.ch)

Unia Zentralsekretariat, Personalmanagement, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern 15

## WORKPOST

**WORK 18 / 3. 11. 2017: INTERVIEW MIT NATASCHA WEY, SP FRAUEN**

## Zwei Fliegen mit einer Klappe

Was ich nicht verstehe: Wir Frauen machen doch die Carearbeit freiwillig. Als wir in den 1970er Jahren die Frauenbefreiung diskutierten und entsprechend handelten, sagte ich mir einfach: Ich werde nie weder die Socken eines Mannes waschen, noch für ihn kochen oder putzen. Das funktioniert, und es kostet nichts – im Gegenteil: Während die Männer selber schauen müssen, wie sie mit ihrem Haushalt klarkommen, bilden wir uns weiter und engagieren uns für die Frauenbefreiung, vernetzen uns, halten uns fit oder was auch immer. Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Auch das Kinderkriegen ist freiwillig. Schon die alten Griechinnen sprachen vom Gebärtreik. Why not? Es zwingt uns wirklich niemand dazu, den Männern alles auf dem Silbertablett zu servieren – oder? Warum tun wir es dann? Wenn ich ein Mann wäre, würde ich auch nicht Nein sagen zu dem Service, den wir ihnen bieten. Last, but not least: Den Frauen unser Geld überlassen, also Dienstleistungen von Frauen in Anspruch nehmen. **LILLY STEIGER KANYI, ZÜRICH**

**WORK 18 / 3. 11. 2017: KATALONIEN-KRISE IN SPANIEN**

## Beide Seiten

work stellt selber fest, dass der Vergleich zwischen dem Beispiel eines unabhängigen Schwyz mit der Unabhängigkeitsfrage in Katalonien hinkt. Er hinkt aber aus anderen als den angegebenen Gründen. Wenn ein Schweizer Kanton sich unabhängig erklären würde, ohne die eigene Bevölkerung sowie Volk und Stände zu befragen, wäre dies ein Verfassungsbruch. Das heisst, der Bund

müsste von Gesetzes wegen gegen den entsprechenden Kanton vorgehen. Eine Kantonsverfassung darf dem Bundesrecht nicht widersprechen. Da nützt es auch nicht, wenn das Stimmvolk im Kanton eine Revision verlangen würde. In der spanischen Verfassung ist die Unabhängigkeitserklärung eines Gebiets nicht vorgesehen. Der Staat schützt die Einheit Spaniens. Eine Änderung des Staatsgebiets bedürfte einer vorangehenden Änderung der Verfassung, die vom Parlament mit einer Dreifünftelmehrheit genehmigt werden müsste. Das bedeutet: ein Weg zu einer Unabhängigkeit ist zwar mühsam, aber es gibt ihn. Wenn gegen die Verfassung gehandelt wird, muss der Staat handeln. Wer würde dies nicht unterstützen, wenn es um Religionsfreiheit, Gleichheit von Mann und Frau oder um Menschenwürde geht? Es gilt im Fall von Spanien auch bei einer Unabhängigkeitserklärung. Der Kampf für Freiheit hat immer zwei Seiten. Wer aussen steht, soll diese privilegierte Position nutzen, beide Seiten zu beleuchten und beide zu Wort kommen zu lassen. **JAVIER PINTOR, BERN**

## Passt nicht

Der Vergleich Schweiz – Spanien ist nicht akzeptabel, da in der Schweiz Abstimmungen abgehalten werden können und die meisten Resultate auch gültig sind. Zum Beispiel konnte sich der Kanton Jura vom Kanton Bern lösen. Katalonien dagegen ist ein besetztes Land, dass von Spanien vor Jahren überfallen wurde und seither immer unter Druck und Zwang leben muss. **T. WIRTH, PER E-MAIL**

## Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

**Jeyakumar Thurairajah (37)** liebt seinen Beruf und wünscht ihm mehr Anerkennung

# «Putzmann, Kellner und halb Arzt»

**Jeyakumar Thurairajah pflegt in St. Gallen Betagte und sieht im Pflegeberuf gute Möglichkeiten, Migrantinnen und Migranten in die Arbeitswelt zu integrieren.**

CORINNE RIEDENER | FOTOS DANIEL AMMANN

In St. Gallen fällt der erste Schnee. Draussen geht die Bise, doch in der verglasten Cafeteria des Betagtenheims Halden im Osten der Stadt sind die meisten Leute kurzärmlig. Es ist wohliger warm. Manche spielen Karten, andere lesen ein Buch oder Zeitung. Vor dem Fenster spaziert Hauskatze Milo vorbei und schreckt ein paar Vögel auf.

Im ersten Stock ist Jeyakumar Thurairajah gerade dabei, eine Patientin «aufzunehmen», wie man im Fachjargon sagt. «Hüt wird äntlich wider emol gjasst!» ruft diese vergnügt, während sie von Jeyakumar und einer Kollegin mit Hilfe eines Rutschbretts vom Bett in den Rollstuhl gehievt wird. Jetzt noch die Armlehnen montiert, die Perlenkette um den Hals gelegt und kurz mit dem Kamm durch die weissen Haare gefahren, dann steht der Jasspartie in der Cafeteria nichts mehr im Weg.

**FEHLALARM.** Jeyakumars Telefon klingelt. Eine Frau aus dem zweiten Stock verlangt nach Hilfe. Fehlalarm, stellt sich heraus. Die zierliche Patientin kann sich nicht mehr erinnern, dass sie jemandem gerufen hat. Sie ist dement. «Sie können uns jederzeit rufen», versichert Jeyakumar, tippt ihr sanft auf die Schulter und macht sich auf den Weg in den vierten und obersten Stock des runden, hellen Holzbaus, wo bereits die nächste Patientin auf den Pflegefachmann wartet. Er hat an diesem Montag die Tagesverantwortung.

Jeyakumar und seine Kolleginnen sind zuständig für die tägliche Körperpflege, Bewegung und Betreuung der Patienten, für medizinische Fragen und natürlich für den sozialen Kontakt. Oberstes Ziel ist es, die Selbständigkeit so gut wie möglich zu erhalten – bis zum Tod. «Ich bin ein bisschen Putzmann, ein bisschen Kellner und manchmal ein halber Arzt», sagt der 47-jährige lachend. «Mein Alltag ist jedenfalls erfüllend und abwechslungsreich.»

**HAUSBESUCH.** Für gewöhnlich hat Jeyakumar Morgen- oder Abenddienst. Seine Arbeit ist nicht auf das Heim begrenzt. Sie beginnt beim ersten Kontakt mit den Pflegebedürftigen, den er in der Regel bei einem Hausbesuch knüpft. «Den wenigsten fällt es leicht, ihre Wohnung oder ihr Haus aufzugeben», erklärt er, «deshalb ist es wichtig, dass man sich für den Wechsel ins

Heim Zeit nimmt, auch das Umfeld auf den neuen Lebensabschnitt vorbereitet und es einbezieht.»

Nach seinem Abschluss als Pflegefachmann an der höheren Fachschule hat Jeyakumar Vollzeit gearbeitet. Seit kurzem hat er ein 80-Prozent-Pensum, da er den Bachelor of science macht. Im Moment beschäftigt ihn seine Semesterarbeit über Migration und Gesundheit. «Ein wichtiger, aber leider vernachlässigter Aspekt unserer Branche», sagt er. «In der Schweiz hinken wir ziemlich hinterher in Sachen Pflege- und Heimkonzepte für Betagte mit Migrationshintergrund.»

**POTENTIAL.** Allgemein, betont Jeyakumar, müsse man Migrantinnen und Migranten viel früher und stärker in die schweizerische Arbeitswelt einbeziehen. «Das ist der beste Weg, um Vorurteile und Ängste abzubauen, auf beiden Seiten. Und gerade im Pflegesektor bergen Geflüchtete und Asylsuchende grosses Potential. Nur schon, weil viele aus Kulturen kommen, die ein anderes Verhältnis zu älteren Menschen haben – ein respektvolleres.» Er selber hatte nach seiner Ankunft in der Schweiz 1988 sieben Jahre lang nur den Ausweis N für Asylbewerber. «Diese andauernde Unsicherheit machte mich krank», sagt Jeyakumar. «Erst als ich eine Ausbildung machen konnte, wurde es besser. Je mehr Kontakt ich zu den Einheimischen hatte, desto mehr habe ich auch über Land und Leute gelernt.»



**JEYAKUMAR THURAIRAJAH**  
**PFLEGER, POLITIKER**

Jeyakumar Thurairajah ist vor 30 Jahren aus Sri Lanka in die Schweiz gekommen und hat sich vor sieben Jahren einbürgern lassen. Er hat zwei Kinder, sitzt seit Frühling 2016 für die Grünen im St. Galler Stadtparlament und wohnt im Quartier St. Fiden in einem Haus, dessen Bewohnerinnen und Bewohner sich als grosse Wohngemeinschaft verstehen.

**ABSCHALTEN.** Wenn es das Wetter erlaubt, fährt Jeyakumar mit dem Velo zur Arbeit. «Mein Beruf kann manchmal auch an die Nieren gehen», sagt er. «Für meine persönliche Psychohygiene betreibe ich deshalb Sport: Velofahren, Joggen und Jugileiten.»

Ginge es nach ihm, hätten die Pflegeberufe wesentlich mehr politische, gesellschaftliche und akademische Anerkennung verdient. Nicht zuletzt deshalb ist er dem VPOD beigetreten, dem Verband des Personals öffentlicher Dienste. «Gewerkschaftlich aktiv zu sein heisst für mich, für faire Arbeitsbedingungen einzustehen, die Berufsidentität zu stärken und die Branche insgesamt attraktiver zu machen, besonders für Junge», sagt Jeyakumar, während er den täglichen Rapport um 16 Uhr vorbereitet. Wie viel genau er verdient, will der Familien-

vater nicht verraten, nur so viel: «Wir haben hohe Belastungen und Anforderungen, werden aber auch entsprechend entlohnt. Das ist nicht überall in der Branche so. Leider.»

Beim Hinausgehen wirft er noch einmal einen Blick in die hauseigene Kapelle, wo ein kleiner runder Tisch mit einer Kerze und einem Büchlein steht. «Gestern ist eine unserer Bewohnerinnen verstorben», erklärt er. «Die anderen im Haus können ihr dort einen letzten Wunsch oder einige Gedanken zurücklassen. Das machen wir immer so, und ich finde das schön.»



**HANDGRIFFE:** Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner des Betagtenheims brauchen täglich Medikamente. Der Pflegefachmann misst auch regelmässig ihren Blutdruck.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincau@workzeitung.ch); Sabine Reber, [sabinereber@workzeitung.ch](mailto:sabinereber@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Endo Anaconda, Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahrmi, David Gallusser, Martin Jakob, Corinne Riedener, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänzel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Cebecco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.